Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Bezugspreis in der Stadt frei Haus monatlich Mk. 5.—, für Abholer Mk. 4.90. durch auswärtige Boten 5.50 Mk. monatlich; bei Postbezug monatl. Mk. 6.— frei Haus. Erscheint wöchentlich nachmittags. Einzelnummer 25 Pfg. Postscheck-Konto Leipzig 16 654. Geschäftsstelle Hälterstraße 4. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet.

Anzeigenpreis Der 7gesp. Millim. Satzraum 30 Pfg. und der 3gesp. Millim. Reklameraum Mk. 1.—. Die laufende Monatsquittung wird vom Bezieher auf kleine Anzeigen in Zahlung genommen. Ziffergebühr 50 Pfg., Porto besonders. Norm. Anzeigenschluß 11 Uhr vorm. Fernspr. 100. Erfüllungsort Merseburg. Belegnummer wird berechnet

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 17. Freitag, den 21. Januar 1921 161. Jahrgang.

Tageschronik

Die Aufstellung einer Roten Armee im Ruhrgebiet in letzter Stunde vereitelt.

Abberufung des Sowjetkommissars Kopp aus Berlin.

Ein Ententekriegsrat über Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland.

Die Entente kommt in der Entschädigungsfrage auf die Beschlüsse von Hythe zurück?

Eine unerträgliche Willkür-Verordnung der Rheinlandkommission.

Briands Kabinett steht auf schwankendem Boden.

Krassin sieht keine Lösung der englisch-russischen Streitfragen.

Stadtkämmerer Boeß zum Berliner Oberbürgermeister gewählt.

Vor dem Rücktritt des Reichsfinanzministers?

Der Kampf um die deutschen Zahlungen.

Zurück zum Beschluß von Hythe?

Der offiziöse „Temps" gibt zu verstehen, daß Frankreich bei der bevorstehenden Pariser Konferenz auf die Beschlüsse der Konferenz von Hythe vom 15. Mai 1920 zurückzukommen wünsche. Damals wurde folgende wichtigste Bestimmung festgesetzt:

Deutschland trägt die Kosten für die militärische Besetzung. Deutschland zahlt eine Gesamtsumme, die mindestens 100 Milliarden Goldmark beträgt und die in 33½ Jahren mit einer jährlichen Rate von 3 Milliarden bezahlt werden muß. Diese Zahlung wird durch die Ausgabe von Bonds garantiert.

Im Gegensatz hierzu verteidigt Pertinax im „Echo de Paris" weiterhin das Forfaitsystem und weist besonders den Einwurf zurück, dieses System berge die Gefahr von Konflikten in sich. Die Festsetzung der Schuldsumme sei im Gegenteil der einzige Weg, um in Zukunft Konflikte auszuschalten. Je mehr sich Deutschland erhole, desto schwieriger werde es sein, ihm seine Unterschrift zu entreißen und die Hilfe der Alliierten zu erlangen.

Wie Pertinax im „Echo de Paris" weiter mitteilt, steht der Vorschlag der alliierten Sachverständigen auf der Brüsseler Konferenz an den Obersten Rat für den Fall, daß Deutschland sein Wort nicht hält, folgende Sanktionen vor:

Beschlagnahme der Zölle, Einrichtung von Monopolen, wie z. B. einem Salzmonopol. Lord d'Abernon betonte, wenn die deutsche Schuld nicht endgiltig bis zum 1. 5. festgesetzt sei, komme man in Widerspruch mit dem Versailler Vertrag. Diese Vertragsabänderung müsse die Zustimmung der anderen Länder, in erster Linie Deutschlands, erhalten.

Ueber die Verhandlungen mit Bergmann teilt Pertinax mit, dieser habe am Dienstag erklärt, er nehme Jahreszahlungen nur in Höhe von 2 Milliarden Goldmark an, davon nicht mehr als 500 Millionen in bar. Außerdem habe er noch allerlei Zugeständnisse verlangt. Die alliierten Sachverständigen hätten darauf beschlossen, ihr Programm festzusetzen, ohne weiter zu versuchen, mit den Deutschen zu einem Einverständnis zu kommen.

Demgegenüber wird in Berlin halbamtlich mitgeteilt, Staatssekretär Bergmann hat die Meldung des „Echo de Paris", daß er mit Jahreszahlungen in Höhe von 2 Milliarden einverstanden sei, für unzutreffend erklärt.

Ententekriegsrat über Zwangsmaßnahmen.

Laut „Petit Journal" fand am Dienstag eine mehrstündige Konferenz zwischen Foch, den Mitgliedern des französischen Kriegsrats und Regierungsvertretern einerseits und dem englischen Marschall Wilson andererseits über die Frage militärischer Maßnahmen im Falle mangelhafter Vertragserfüllung durch Deutschland statt.

Eine englische Korrektur.

Unter der Ueberschrift „Keinerlei neue Grundlage für Entschädigung" bringt „Evening Standart" eine Mitteilung von maßgebender Seite, die in Berliner Blättern erschienen Vorschläge Deutschlands betr. eine neue Grundlage für die Entschädigung wurden in London als (französischer D. Red.) Fühler betrachtet. Es sei keineswegs zu einer diesbez. Abmachung zwischen England und Frankreich gekommen und man habe auch weder auf 5 Jahre verteilte Zahlungen erörtert, noch die Frage der Bezahlung durch Waren. Solche Vorschläge würden zurückgewiesen werden.

Eine rote Armee im Ruhrgebiet.

Erdrückendes Material. — Verhaftung von Kommunistenführern.

Auf Grund von Anzeigen über die Bildung bewaffneter Organisationen der Kommunistischen Partei wurden im Auftrage der Staatsanwaltschaft Haussuchungen bei den als Führer in Betracht kommenden Persönlichkeiten in Essen, Düsseldorf, Elberfeld und Lünen bei Dortmund vorgenommen. Erdrückendes Material über das Bestehen einer Roten Armee wurde gefunden. Verschiedene Festnahmen sind erfolgt.

Wie ergänzend berichtet wird, lenkte der Aufenthalt der vielen Russen und Polen im Industriegebiet und die heimliche Geschäftigkeit dunkler Persönlichkeiten endlich die Aufmerksamkeit der Regierung auf die kommunistischen Wühlereien, und das unvermittelnde staatsanwaltschaftliche Vorgehen zeitigte schließlich aufsehenerregende Ergebnisse. Das westliche Industriegebiet, das seit Revolutionsbeginn der Tummelplatz kommunistischer Hetzer, Vaterlandsverräter und anderen Gesindels ist, wäre im Frühjahr wahrscheinlich wieder von namenlosem Unglück heimgesucht worden, wenn die Untersuchung der Ordnungsorgane dies nicht verhindert hätte. In die Richtigkeit der obigen und der nachstehenden Meldungen ist keinerlei Zweifel zu setzen.

Die militärische Oberleitung in Essen.

Münster, 20. Jan. Die Sichtung des Materials über die Rote Armee ergab, daß die Kommunisten in letzter Zeit mit allen Mitteln an der Vollendung der Aufstellung einer Roten Armee für eine bevorstehende Aktion arbeiteten. Zur Führung waren Stäbe ernannt mit einer dezernatlichen Bearbeitung wie früher in der Armee üblich. Die militärische Oberleitung für den Bezirk Westdeutschland ist in Essen; als Führer waren u. a. bestimmt der Bergmann Schroer und der Volksschullehrer Oberleutnant d. R. Zaisser in Essen. Die Stäbe sind eingeteilt in Bezirks-, Unterbezirks-, Kreis- und Ortsstäbe. Die Berlin unterstehende westdeutsche Organisation erstreckt sich weit über das Industriegebiet hinaus. Die Mitglieder gehören sämtlich zur Vereinigten kommunistischen Partei, die maßgebenden Einfluß auf die Kampforganisation hat. Es wurden gefunden: sämtliche Sitzungsberichte der Stäbe aus der letzten Zeit, militärische Erkennungsmarken, große Mengen Soldbücher, Verwendungspläne der Kampforganisationen, Generalstabskarten usw. Die Untersuchungen werden fortgesetzt.

In Elberfeld wurden die beiden Kommunisten Küster und Lohage festgenommen und zwar infolge eines reichsgerichtlichen Verfahrens auf Anordnung einer auswärtigen Staatsanwaltschaft. Sie wurden in ein auswärtiges Gefängnis gebracht.

Abberufung Wigdor Kopps.

Der in Berlin tätige russische „Kommissar für den Gefangenenaustausch" Kopp ist von der Sowjet-Regierung plötzlich abberufen und aufgefordert worden, umgehend nach Rußland zurückzukehren. Die Sowjet-Regierung soll mit den Erfolgen Kopps in Bezug auf die bolschewistische Tätigkeit in Deutschland unzufrieden sein, weil es ihm nicht gelungen sei, die kommunistische Bewegung in Deutschland auf eine breitere Basis zu stellen.

Briands Regierungserklärung.

Kühle Stimmung der Kammer.

Die gestern von Briand in der Kammer und Bonnevay im Senat abgegebene Regierungserklärung behandelt u. a. die von der Schadenersatzfrage beherrschte finanzielle Frage und stellt fest,

daß die Regierung an der Durchführung des Friedensvertrages festhalte, ohne ihre Zuflucht zu Gewalt-

Ein neues Zuchthausgesetz.

Vor mehr als zwei Jahrzehnten machte die sogenannte Zuchthausvorlage vielfach von sich reden, die auf eine Ankündigung Kaiser Wilhelms II. zurückging, wonach die schwersten Strafen demjenigen angedroht werden sollten, der einen zur Arbeit bereiten Arbeiter an der Ausführung der Arbeit verhinderte. Die 1899 beim Reichstage eingebrachte Vorlage beschränkte sich zwar im allgemeinen auf Gefängnisstrafen und sah Zuchthaus nur für den Fall vor, wenn infolge eines Arbeiterausstandes oder einer Arbeiteraussperrung eine Gefährdung der Sicherheit des Reiches oder eines Bundesstaates eingetreten oder eine gemeine Gefahr für Menschenleben oder das Eigentum herbeigeführt worden sein sollte. Nichts destoweniger wurde in der öffentlichen Agitation gegen die Vorlage immer wieder vom Zuchthausgesetz gesprochen und die Sozialdemokratie konnte sich nicht genug tun in der Hetze gegen den verruchten Vorschlag, der übrigens auch von dem größten Teil der bürgerlichen Parteien nicht gebilligt wurde und ziemlich klanglos in der Versenkung verschwand.

Die Entrüstung, die damals die Sozialdemokratie gegen jede Beeinträchtigung des Streikrechtes, auch des Rechtes, Arbeitswillige an der Arbeit zu verhindern, zur Schau trug und in maßlosester Weise als Agitationsmittel verwandte, gewinnt ein besonderes Gesicht durch die Tatsache, daß 2 Jahre später, nach den glorreichen Errungenschaften der deutschen Revolution, sozialdemokratische Führer und ihre Presse in vollem Ernst Zuchthausstrafen für Arbeitsverweigerung, nicht in erschwerenden Ausnahmefällen, sondern ganz allgemein verlangen, aber nur für geistige Arbeiter, für diejenigen leitenden Bergbeamten, die nicht geneigt sein sollten, sich der Sozialisierung zur Verfügung zu stellen oder sich kommunistischem Terror zu beugen. Weil neuerdings eine ganze Anzahl von Bergbeamten sich in der Presse gegen die Sozialisierung gewandt und in ihren Vereinigungen und Verbänden in eindrucksvollen Entschließungen dagegen Front gemacht haben, hat sich der radikale Agitator eine große Besorgnis bemächtigt, die Bergbeamten und Direktoren könnten die Absicht haben, den sozialisierten Bergbau durch eine Art passiver Resistenz zu sabotieren, um das Experiment unmöglich zu machen. Nun liegt zwar eine ganze Anzahl von Aeußerungen von Arbeiter- und Angestelltenführern vor, die offen oder verblümt auf die Produktionsverminderung hinweisen, welche unfehlbar eintreten würde, wenn die Sozialisierungsforderung der Bergleute nicht erfüllt werden würde. Dagegen ist schwerlich auch nur eine einzige Aeußerung von Seiten leitender Beamten nachweisbar, welche eine solche Sabotage des Bergbaues durch obere Bergbeamte im Falle der Sozialisierung in Aussicht stellte. Wohl ist da und dort gesagt worden, man könne auf die hingebende Mitarbeit der geistigen Führer im Bergbau nicht rechnen, wenn durch seine Vergesellschaftung der freien Betätigung der Betriebsleiter der Boden entzogen werden sollte. Diese würden sich gegebenenfalls nach anderen Stellungen in verwandten Gewerben umsehen. Das war aber eine Vermutung, nicht mehr, und hier handelte es sich vor allem um die Unternehmer selbst, von denen kein Mensch mit gesunden Sinnen verlangen kann, daß sie es als Pflicht betrachten müssen, sich den in der Hauptsache ihrem Einfluß entzogenen Unternehmungen auch weiter zur Verfügung zu stellen; soweit aber angestellte Direktoren und Generaldirektoren in Betracht kommen, konnte natürlich nur daran gedacht werden, daß sie nach Ablauf ihrer Verträge auf deren Erneuerung verzichten. Das dürfte doch wohl auch heute noch als unveräußerliches Menschenrecht zu gelten haben. Die „Freiheit" aber hat es fertig bekommen, einen solchen Verzicht mit der Arbeitsverweigerung in den Berliner städtischen Elektrizitätswerken auf dieselbe Stufe zu stellen. Der Bergwerksdirektor, dem seine Arbeit auf der sozialisierten Zeche keine Freude mehr macht, und der sie nicht länger fortsetzt, als Gesetz und Vertrag ihn dazu verpflichten, macht sich nach ihrer Ansicht keines geringeren Vergehens schuldig als der Arbeiter, der wider Gesetz und Recht ohne Kündigung die Arbeit verläßt und die Sicherheit des Verkehrs, das Funktionieren der Wirtschaft, ja die Gesundheit und das Leben seiner Mitbürger aufs Schwerste gefährdet. Die „Freiheit" verlangt die Androhung schwerer Strafen gegen jeden Leiter einer Zeche, der bei der Sozialisierung des Kohlenbergbaues seinen Posten verlassen würde. Andere unabhängige und kommunistische Blätter fordern geradezu Zuchthaus gegen diese „verbrecherischen Bergwerksdirektoren".

Wenn man garnicht an das längst bearbeitete Zuchthausgesetz und den wilden Widerstand gegen die Strafbarkeit der Verhinderung Arbeitswilliger an der Arbeit, wenn man nur an zahlreiche Vorkommnisse der letzten Jahre denkt, wo beim Hilfsdienstgesetz, und an die Aeußerungen der letzten Zeit, wo

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919210121-16/fragment/page=0001

bei Besprechung der Arbeitsdienstpflicht jeder Zwang für den Arbeiter aufs heftigste abgelehnt wurde, dann nimmt sich die Forderung des Arbeitszwanges für Bergwerksdirektoren und Beamte besonders hübsch aus. Man sieht, daß dieser Richtung der Sozialdemokratie jedes Verständnis für Recht und Billigkeit allmählich abhanden gekommen ist. Und daß es für sie nur eine Triebfeder ihres Handelns und Unterlassens gibt, das nackte Machtstreben, welches sich über geheiligte Menschenrechte unbekümmert hinwegsetzt, oder aber diese zwar in weitester Ausdehnung für Handarbeiter beansprucht, sie aber auch nicht in der bescheidensten Begrenzung für Geistesarbeiter gelten lassen will, wird durch diesen Vorgang aufs neue bewiesen.

---

maßnahmen gegen Deutschland zu nehmen, wenn dieses bereit sei, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Weiter wird die Notwendigkeit betont, die Bündnisse hochzuhalten, die auf den Schlachtfeldern geschlossen seien.

Die Erklärung wurde von der Kammer zwar an einzelnen Stellen mit Beifall begrüßt und im Zentrum und auf der Linken ertönte auch zum Schluß schwacher Applaus, es herrschte jedoch im ganzen eine ziemlich kühle Stimmung. Sollten Briand auf der Pariser Konferenz Erfolge in der Entschädigungsfrage glücken, so kann seine Stellung als gefestigt gelten, andernfalls scheint man in der Kammer entschlossen, das Kabinett Briand zu stürzen.

Lloyd George an Briand.

Auf ein Begrüßungstelegramm Briands antwortete Lloyd George, er erinnere sich mit Befriedigung der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit Briand während kritischer Augenblicke und vertraue auf die Fortdauer dieses Zustandes der Einigkeit bei den bevorstehenden Entscheidungen; „Entscheidungen, nicht nur für die beiden großen von uns vertretenen Länder, sondern von denen auch im ausgedehntesten Maße das Schicksal von ganz Europa abhängt."

Amerika und das neue französische Kabinett.

In der Newyorker Presse findet das Kabinett Briand eine günstige Aufnahme. Die Blätter erklären, Briand sei die geeignetste Persönlichkeit, um eine Lösung der Reparationsfrage zu finden.

Folgen der Anarchie in Oberschlesien.

Trotz der außerordentlichen Vermehrung der Belegschaften im oberschlesischen Revier um 36,3 Proz. blieb die Förderung im letzten Dezember gegenüber 1913 um 28,6 Proz. zurück. Der Grund liegt vor allem in den polnischen Verhältnissen und der nicht mehr zu überbietenden Unsicherheit. Die verbrecherischen Elemente betätigen sich in aller Oeffentlichkeit in einer Weise, wie es nur bei gänzlichem Versagen der öffentlichen Gewalt denkbar ist. Bei der Ohnmacht der internationalen Kommission herrscht vollkommene Anarchie, und das reine Banditenwesen benutzt Mord und Raub für seine Zwecke. Ein geregeltes Wirtschaftsleben ist auf die Dauer unmöglich. Trotzdem macht die Bergwerksindustrie große Anstrengungen zur Steigerung und Verwertung der Kohlenproduktion, besonders unterstützt durch die oberschlesische Gesellschaft zur Verwertung von Koksnebenprodukten. Die Wagengestellung war durchaus unzureichend. Es fehlten im Dezember 38 389 von 220 840 angeforderten Wagen.

Neue Willkür der Rheinlandkommission.

In einer neuen Verordnung 64 der Rheinlandkommission wird mit der Begründung eines u. U. nötigen Belagerungszustandes eine Bestandsaufnahme sämtlicher Transportmittel (Pferde, Wagen, Autos, Fahrräder usw.) verlangt, die sich auch auf die Vorräte in staatlichen und privaten Fabriken ausdehnt. Die Militärbehörden sollen diese von den deutschen Behörden unter Strafandrohung geforderten Aufnahmearbeiten überwachen. Weiter wird verlangt, daß die deutschen Behörden die Aufnahmen nach von den Militärbefehlshabern vorgeschriebenen Mustern ausführen und soviel Aufnahmen liefern, als die militärischen Stellen 2 Monate nach Anordnung der Aufnahme verlangen. Außerdem wird die Aufnahme von der Rheinlandkommission jährlich nachgeprüft.

Diese Verordnung widerspricht nicht nur dem Rheinlandabkommen und dem Friedensvertrag, sondern legt es auf eine Verwendung deutscher Fabrikbetriebe für kriegerische Zwecke gegen das eigene Vaterland an, widerspricht daher auch dem Haager Abkommen, da sie vorzeht, daß deutsche Werkstätten und deutsche Arbeiter Kriegsmaterial gegen das eigene Vaterland herstellen.

Ein „Kriegsverbrecher?"

Nach Feststellung des Berliner Auswärtigen Amtes verlangt die französische Regierung von dem württembergischen Justizministerium die Auslieferung des Oberlehrers Jung an der Reformlehranstalt in Waldbad, gegen den das Landgericht Zabern in Elsaß einen Haftbefehl wegen Mordversuchs und Brandstiftung erließ. Jung, der während des Krieges Divisionspfarrer war, wurde auch verhaftet, entfloh jedoch; er war ehemals französischer Staatsangehöriger.

Die englisch-amerikanischen Streitfragen.

„Daily Telegraph" stellt für die Besprechungen Lloyd Georges mit dem englischen Botschafter in Washington Auckland Geddes folgende Programmpunkte zusammen:

1. Amerikas Haltung bez. des Völkerbundes oder eines Bundes der Nationen. 2. Die Petroleumfrage, besonders die Note Colby über die gleichen Ausbeutungsrechte in Mesopotamien usw. 3. Amerikas Haltung in der Abrüstungsfrage. 4. Vorschlag der Zollfreiheit amerikanischer Schiffe bei der Durchfahrt durch den Panamakanal. 5. Die irische Frage. 6. Die japanisch-amerikanischen Unterhandlungen. 7. Abzahlung der englischen Kriegsschulden in Amerika. 8. Ein- und Ausfuhrzölle bez. des englischen und kanadischen Handels. 9. Verteilung der früheren deutschen Kabel.

Keine englisch-russische Verständigung.

Krassin erklärte auf der Durchreise in Stockholm einem Vertreter der „Politiken", von einer Lösung der englisch-russischen Streitfrage sei man noch weit entfernt. Verzichte England nicht auf die Beschlagnahme russischen Goldes, habe die Unterzeichnung des Handelsabkommens keinen Wert. Die ganze Frage hänge von der Organisation des Schiedsgerichtshofes ab. England habe den Vorschlag eines Moratoriums abgelehnt. Da die Beziehungen zu England sehr fraglich seien, müsse sich Rußland nach anderen Beziehungen umsehen, womit er vielleicht die deutsche Konkurrenz andeuten wollte. Nur die Anerkennung durch England könne, 'e Schwierigkeiten beenden.

Preisrückgang und Lohnabbau in England und Amerika.

In Amerika wurden in vielen Industrien die Löhne ganz bedeutend herabgesetzt (in der Textilindustrie um 22½ Proz.) ebenso die Preise für die wichtigsten Lebensmittel. In den Vereinigten Staaten sind über 2 Millionen arbeitslos. In England sollen die Preise für den Lebensunterhalt ebenfalls. Bei den Eisenbahnen werden die Löhne dem Uebereinkommen gemäß alle 3 Monate den Kosten des Lebensunterhaltes angepaßt. Auch in verschiedenen Fabriken ließen sich die Arbeiter auf Lohnverminderung ein. In der Eisen- und Metallindustrie wird über die Lohnkürzungen verhandelt.

Polen muß fleischlose Tage einführen.

Warschau, 20. Jan. Die steigenden Nahrungsmittelpreise zwingen die Regierung zu einer Reihe von Einschränkungen. Man plant die Einführung zweier fleischloser Tage in der Woche.

Politische Rundschau

Die Berliner Oberbürgermeisterwahl.

Stadtkämmerer Boeß gewählt.

Berlin, 20. Jan. Bei der Oberbürgermeisterwahl wurde Stadtkämmerer Boeß mit 114 Stimmen gewählt. 95 Stimmen fielen auf Stadtverordnetenvorsteher Weyl, 6 Stimmen waren ungültig. Bei der Bekanntgabe des Ergebnisses setzten die Kommunisten einen starken Lärm ins Werk, und schmähten die Sozialdemokraten als Sozialissienverräter.

Das Wahlergebnis wurde von der Tribünenmehrheit mit großem Beifall aufgenommen. Stürmischer ging es im Saale her. Das Ergebnis zeigt klar, daß die Mehrheitssozialisten nicht für Weyl stimmten. In maßloser Aufregung darüber beschimpften die Kommunistenführer die Rechtssozialisten mit Ausrufen: Arbeiterverräter, Schurken, Verbrecher! Beim nächsten Kapp-Putsch marschiert ihr mit der Reaktion zusammen. Die Angegriffenen und die meisten Unabhängigen blieben völlig ruhig. Gegen die Wahl wurde ein Protest eingereicht.

Die Deutschnationalen überreichten eine Erklärung, in der beide Bewerber Boeß und Weyl, als gleich

---

Oberschlesier!

Jetzt gilt es zu zeigen, daß Ihr Eure Heimat zu schützen entschlossen seid. Auch die Polen rüsten sich zur Abstimmung, das beweisen die zahlreichen Paßbilder der Polen bei den Photographen.

Tut Eure Pflicht und meldet Euch bei der Ortsgruppe. Die Frist läuft in wenigen Tagen ab. Wer sich bis Montag, den 24. d. M. nicht gemeldet hat, verliert sein Stimmrecht.

Sonntag ist das Büro den ganzen Tag geöffnet.

Vereinigte Verbände heimatstreuer Oberschlesier Ortsgruppe Merseburg.

---

wenig geeignet bezeichnet werden, in dieser schweren Zeit Berlins Gemeindeaufgaben zu bewältigen.

Die Krise im Reichsfinanzministerium.

Von unterrichteter Seite erfährt unser Berliner Vertreter, Reichsminister Dr. Wirth wünsche zurückzutreten, sobald die Parteien einen anderen geeigneten Mann gefunden haben. Man behauptet, Dr. Wirth wolle die Aufstellung des neuen Steuerprogramms am liebsten einem Nachfolger überlassen, weil er genau wisse, daß das Programm, welche Formen es auch annehmen möge, nur unter heftigen Kämpfen unter Dach und Fach gebracht werden könne. Insbesondere wolle Dr. Wirth die in Erwägung gezogenen indirekten Steuern nicht gern mit seiner Person decken. Der Hauptausschuß dürfe sich schon in den nächsten Tagen ausführlich mit den Steuerfragen beschäftigen. Hierbei ist mit der Möglichkeit eines Rücktrittsgesuches des Reichsfinanzministers zu rechnen, der insbesondere in dem ungünstigen Ergebnis des Reichsnotopfers einen Anlaß sieht, seine eigene Steuerpolitik durch den Rücktritt zu decken.

Strafverfolgung Erzbergers.

Die Staatsanwaltschaft hat bekanntlich den Abgeordneten Erzberger für dringend verdächtig gehalten, in dem Prozeß gegen Helfferich einen Meineid oder einen fahrlässigen Eid geleistet zu haben und beim Reichstag um Genehmigung zur Strafverfolgung nachgesucht. Die Geschäftsordnungskommission beschloß jetzt dem Wunsche Erzbergers entsprechend einstimmig, im vorliegenden Falle die Genehmigung zu erteilen. Auch der Kommunist Geyer hat für diesen Beschluß gestimmt.

Die Kommunisten und die Gewerkschaften.

Wie unser Berliner Vertreter erfährt, ist ein erbitterter Machtkampf zwischen den Kommunisten und den Gewerkschaftsführern um die Vorherrschaft in den sozialdemokratischen Gewerkschaften entbrannt. Die Rechtsunabhängigen und die mehrheitssozialistischen Gewerkschaftsführer lehnen unbedingt ein Zusammenarbeiten mit den Kommunisten ab und wollen sie aus den großen Arbeitsverbänden ausschließen. Demgegenüber haben die Kommunisten in örtlichen Bezirksorganisationen der großen Zentralverbände die Absetzung rechtsunabhängiger und mehrheitssozialistischer Gewerkschaftsführer durchgesetzt. Sie versuchen sogar darüber hinaus eine Diktatur in den Gewerkschaften aufzurichten und die nicht kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder durchweg auszuschließen.

Eichhorn ist krank.

Der bekannte Abgeordnete und frühere Berliner Polizeipräsident Eichhorn ist schwer erkrankt. Man rechnet bereits mit der Niederlegung seines Mandats.

Aus Stadt und Umgebung

Hausfrauenkalender.

Sonnabend, den 22. Januar 1921.

Heute findet im alten Rathaus, Burgstraße 1, vormittags von 8—12½ Uhr und nachmittags von 3—7 Uhr die Ausgabe der neuen Brotmarken statt und zwar für die Straßen mit dem Anfangsbuchstaben O—Z.

Die Ausgabe der Krankenmarken findet nachmittags statt.

Krankenstelle: Zwieback für Kinder bis zu 2 Jahren und Kondensmilch für Kinder von 6—10 Jahren und alte Leute über 60 Jahre.

Gutscheine sind sofort im Rathaus 1 Tr. Zimmer 12/13 abzuholen.

* * *

Personalnachricht.

* Der Herr Regierungssekretär als Bürovorsteher Dieß von der hiesigen Regierung ist als Kreisverwaltungsdirektor vom Kreistage des Landkreises Weißenfels gewählt worden.

Kirchengemeinde St. Maximi.

* Da für die kirchliche Wahl in der Gemeinde St. Maximi nur ein Wahlvorschlag eingegangen ist und bei der Wahl nur Namen dieses Vorschlags gültig wären, erübrigt sich eine eigentliche Wahlhandlung. Der Gemeindekirchenrat wird also am Sonntag nur diesen Vorschlag prüfen und seine Gültigkeit anerkennen. Damit ist dem Gesetz Genüge geschehen.

Bunter Abend.

* Einen leider nur mäßig besuchten „Bunten Abend" veranstaltete am gestrigen Donnerstag der Bildungs- und Veranstaltungsausschuß im Gewerkschaftsbund der Angestellten, Ortsverband Merseburg, im „Tivoli". Dem Ausschuß war es gelungen, hervorragende Kräfte bekannter Bühnen für diesen Abend zu gewinnen, die durch ihre künstlerischen Darbietungen den Abend aufs Willkommenste ausgestalteten. Verscheucht waren wieder einmal die Sorgen, vergessen der graue Alltag: Zunächst erfreute Herr Richard Erlecke, vom Stadttheater Halle, durch den ansprechenden Gesang heiterer Lieder. Die künstlerisch auf beachtlicher Höhe stehenden Rezitationen des Fräuleins Dagmar Carossi-Schur, vom Bremer Schauspielhaus, gefielen besonders durch die fröhliche und geschickte, selbst die schwierigsten Stellen leicht überwindende Art des Vortrages. Herr Josef Krahe (Stadttheater Halle), ein Meister auf der Laute, sang Lieder voll herzlicher Fröhlichkeit. Fräulein Lucie Elzes (Stadttheater Würzburg) anmutiger Gesang löste in „Mar und Moritz" größten Beifall aus. Doch über allem stand der Gefeierte, in dessen Händen die Leitung des Abends lag, Herr Willy Schur, vom Hallischen Stadttheater, ein Meister der Mimik, voll köstlichen Humors. Seine vollendete Schauspielkunst trat besonders in der von ihm selbst in Szene gesetzten lustigen Tragikomödie „Die Hasenpfote" von G. Brennert zutage, in der auch die Herren Krahe und Erlecke den bühnenmäßigen Anforderungen in vollstem Maße gerecht wurden.

Briefmarken der Freien Stadt Danzig.

* In nächster Zeit werden für das Gebiet der Freien Stadt Danzig neben den deutschen Postwertzeichen mit dem Ueberdruck „Danzig" besondere Freimarken ausgegeben werden, von denen die bis zum Werte von 80 Pf. das Bild einer Danziger Kogge sowie die Inschrift „Freie Stadt Danzig", ferner diejenigen der höheren Werte das Danziger Wappen aufweisen. Alle Werte sind mit Angabe des Tages der Errichtung der Freien Stadt: „15. 11. 1920" versehen.

Frauen als Gutsvorsteher.

* Der Minister des Innern hat dem Regierungspräsidenten von Frankfurt a. O. den Bescheid erteilt, daß, obwohl die landesgesetzlichen Bestimmungen über Gutsvorsteher nicht geändert sind, kein Zweifel darüber bestehe, daß es im Sinne der Vorschriften der Reichsverfassung liegt, Frauen zur Bekleidung des Amtes eines Gutsvorstehers oder Gutsvorsteher-Stellvertreters zuzulassen.

Die Deutsche Volkspartei

veranstaltet morgen Sonnabend, den 22. Januar, abends 8 Uhr in Spergau, „Gemeindegasthof" eine öffentliche Wähler-Versammlung, in der Geschäftsführer Haupt-Merseburg über „Die politische Lage und die bevorstehenden Wahlen" sprechen wird.

* * *

Aus der Stadtverwaltung.

Stadtverordnetensitzung.

* Am Montag, den 24. Januar, abends 6 Uhr, findet im alten Rathause eine Sitzung der Stadtverordneten mit folgender Tagesordnung statt: Einführung eines Stadtverordneten. 1. Neuwahl des Schiedsmanns-Stellvertreters für den 3. Bezirk. 2. Entlastung der Rechnung der Kasse der Beheifsschlachthalle für 1918. 3. Verstärkung des Ausgabehaushalts der Feuerwehrverwaltung Teil 2 J. 3. 4. Verstärkung des Ausgabehaushalts der Feuerwehrverwaltung Teil 2 J. 4. 5. Verstärkung des Ausgabehaushalts der Feuerwehr-Verwaltung Teil 4. 6. Verstärkung des Ausgabehaushalts der Feuerverhaltung Teil 2 J. 2. 7. Verstärkung des Ausgabehaushalts der Grundeigentums-Verwaltung Abt. 10 Teil 1 J. 1. 8. Verstärkung des Ausgabehaushalts der Grundeigentumsverwaltung Abt. 10 Teil 1 J. 4. 9. Verstärkung des Ausgabehaushalts der Grundeigentums-Verwaltung Teil 2 J. 2b. 10. Verstärkung des Ausgabehaushalts der Grundeigentums-Verwaltung Teil 1 J. 2. 11. Herstellung von Zinsbogen nebst Erneuerungsscheinen der Merseburger Stadtanleihe. 12. Benennung neuer Straßen. 13. Anderweitige Festsetzung der Loskaufgelder vom Feuerlöschdienst.

Im Anschluß an die öffentliche Sitzung findet eine geheime Sitzung statt.

* Folgende Magistratsbeschlüsse liegen der Stadtverordnetenversammlung zur Genehmigung vor:

Straßenbenennung auf der Siedlung der Merseburger Baugesellschaft.

Die neuen Straßen auf der Siedlung der Merseburger Baugesellschaft sollen wie folgt benannt werden: Die Innenstraße der Siedlung nach dem Bodenreformer Damaschke, der bisher im Bebauungsplan mit Straße U bezeichnete Straßenzug zu Ehren des verstorbenen Ober-Bürgermeisters und Ehrenbürgers Reinefahrt. Die Seitenstraße der Gartenstraße auf Ritter's Plan soll den Namen Rosenstraße erhalten.

In der Begründung wird u. a. gesagt: Die Straßenbezeichnung in Merseburg soll in Zukunft zur besseren Orientierung einheitlich gehalten werden. Die einzelnen Bezirke sollen im Anschluß an bestehende Straßenbezeichnungen Namen bestimmter Gattungen erhalten. Der Bezirk zwischen Eisenbahn und Lauchstädterstraße soll in Zukunft Namen bekannter Männer der Kunst und Wissenschaft erhalten. Vorgeschlagen werden hier für die neuen Straßen der Siedlung der Merseburger Baugesellschaft die Namen Damaschke, für die Innenstraße und Reinefahrt, für die bisher mit U be-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919210121-16/fragment/page=0002

zeichnete Straße. Der Bezirk zwischen Clodicauer- und Naumburgerstraße soll im Hinblick auf den dort entstehenden Südpark hinter den Gotthardsteichen, der dem ganzen Viertel das Gepräge geben wird, Namen aus dem Pflanzenreich und der Vogelwelt erhalten. Es wird deshalb für die Seitenstraße der Gartenstraße der Namen „Rosen-Straße" vorgeschlagen. Um der Bezeichnung auch eine Berechtigung zu geben, soll darauf hingewirkt werden, daß die Straße einheitlich mit Rosen bepflanzt werde.

Befreiung vom Feuerlöschdienst.

Der Paragraph 4, Absatz 2 des Ortsstatuts betreffend das Feuerlöschwesen in der Stadt Merseburg vom 31. Oktober 1920 soll folgende Fassung erhalten: Von dieser Verpflichtung sind befreit: 1.—5. wie bisher, 6. diejenigen, welche für die Entbindung vom Feuerlöschdienst einen gemäß § 68 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 festgesetzten Geldbeitrag von 150 M. leisten. Die Geldbeträge fließen zu der von der Feuerlöschdeputation verwalteten Feuerwehrkasse und werden zur Unterstützung verunglückter Feuerwehrleute und deren Hinterbliebenen verwendet.

Die Begründung lautet: Die im Gemeindebeschluß vom 17. 8. 20./13. 9. festgesetzt Fassung, nach der der Betrag, den der vom Feuerlöschdienst Befreite zu zahlen hat, bei einem steuerpflichtigen Einkommen bis zu 10 000 Mk. = 100 Mk., bei einem steuerpflichtigen Einkommen von mehr als 10 000 Mark 1 Proz. desselben abgeurundet auf volle Mark nach oben betragen sollte, ist vom Herrn Regierungspräsidenten nicht genehmigt worden; da eine Abstufung des Geldbeitrags nach dem Einkommen den Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes nicht entspricht.

Da sich bisher zum größten Teil Personen mit höherem Einkommen von der Feuerwehrpflicht losgekauft haben, wird, wie anfangs ausgeführt, von der Feuerlöschdeputation und dem Magistrat ein Geldbeitrag von 150 Mk. für Jeden ohne Berücksichtigung der Höhe des Einkommens vorgeschlagen.

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Stadtverordnetensitzung.

** Schafstädt, 20. Jan. Am Donnerstag fand die erste Stadtverordnetensitzung im neuen Jahre statt. Als Punkt 1 stand die Neuwahl des Bureaus auf der Tagesordnung. Als Stadtverordnetenvorsteher wurde Herr Tierarzt Dr. W. Meißner und als Stellvertreter Herr Fabrikdirektor Wilh. Schimpff wiedergewählt. Zu Punkt 2 lag ein Schreiben des Kulturamts Halle vor, in dem mitgeteilt wurde, daß in Sachen der Schafstädter Siedlungsanträge und Landeneignung, von den großen Gütern der Termin für Sonnabend, den 22. Jan., vormittags 10 Uhr hier festgesetzt ist; zirka 110 Interessenten haben sich gemeldet, die Siedlungsland haben wollen. Punkt 3. Ein vom Magistrat vorgelegter Nachtrag zum Ortsstatut betr. Kostenentschädigung bei notwendigen Dienstreisen der städt. Beamten wurde einstimmig genehmigt. Die bisher bestehenden Sätze wurden rückwirkend ab 1. Juli 1920 um 200 Prozent erhöht. Zum Schluß der Tages-Ordnung lag noch eine Nachbewilligung vor, die durch die Zeitverhältnisse bedingten Etatüberschreitungen notwendig war. Diese wurde einstimmig angenommen. Im Lauf der anschließenden Aussprache über verschiedene städtische Angelegenheiten wurde noch ein Dringlichkeitsantrag dem Magistrat zugestellt, mit den Gutsbesitzern zwecks Beschaffung von Kartoffelland für die Industriearbeiter in Verhandlung zu treten.

Baumfrevler.

** Schafstädt, 20. Jan. Ein Baumfrevel ist vorige Woche in der Kupferschen Plantage zu Schafstädt verübt worden. Rohe Hände haben dort 26 jungen Obstbäumen die Krone abgeschnitten, teilweise sogar abgebrochen und abgehackt. Auf die Ermittelung der unbekannten Täter hat der Besitzer eine Belohnung von 1000 M ausgesetzt.

Erfreuliches Ergebnis von Wohltätigkeits-Sammlungen.

** Ober-Wünsch, 20. Jan. Hier ist in diesen Tagen Geldsammlung und mit gutem Erfolg gesammelt worden. Folgende Summen wurden erzielt: Für die Grenzspende 298 M, Kriegerwaisen 138 M, Kriegsblinden 125 M, Kinder in Not 556.74 M. In Anbetracht der geringen Einwohnerzahl des Ortes ein recht erfreuliches Resultat.

Doch keine bürgerliche Einheitsfront.

** Querfurt, 20. Jan. Die demokratische Partei teilt mit, daß sie für die Kreistagswahlen nun doch eine eigene Liste aufstellt. Wahlschwierigkeiten sollen den Grund bilden. Ueber die hierdurch notwendig werdende neuerliche Stellungnahme der beiden Rechtsparteien ist noch nichts bekannt.

Gründung einer Ortsgruppe des Landbeamtenbundes.

** Schkeitau, 19. Jan. Gestern schlossen sich sämtliche Beamte und Lehrer aus Schkeitau und den umliegenden Dörfern zu einer Ortsgruppe Schkeitau und Umgegend des deutschen Landbeamtenbundes zusammen. Sie protestieren mit diesem Schritt gegen die Gehaltsspannung zwischen Großstadt und Land, die bei einem verheirateten Beamten mit zwei Kindern in Klasse 3 5 760 M, in Klasse 10 aber 8 800 M beträgt.

Gerechte Strafe für eine Räuberbande.

** Weißenfels, 20. Jan. Eine einundzwanzigköpfige Räuberbande, die in der Gegend von Weißenfels insgesamt 16 Diebstähle und Raubüberfälle ausgeführt hat, wurde von der Strafkammer in Naumburg zu Strafen von 15 Jahren Zuchthaus herab bis zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt.

Errichtung weltlicher Schulen.

** Halle, 19. Jan. Wie die „Hallesche Ztg." erfährt, werden am 1. April in Halle mehrere weltliche Schulen eingerichtet werden. Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat auf eine Eingabe des Magistrats geantwortet, daß auf Grund des Schul-Unterhaltungsgesetzes Schulen, in denen kein Religionsunterricht erteilt wird, gegründet werden dürfen. Es wird gegenwärtig an den Schulen festgestellt, wieviel Schüler an den einzelnen Schulen vom Religionsunterricht befreit sind und welche Lehrer an diese Schulen übertreten wollen. Die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Elternbeiräte, dieselbe, die gestern den unsinnigen Schulstreik inszenierte, hat beschlossen, in den Schulstreik einzutreten, falls nicht zu Ostern weltliche Schulen gegründet werden. Die Vorbereitungen für die Einführung mehrerer solcher Schulen stehen vor dem Abschluß.

Geländeankauf.

** Halle, 18. Jan. Die Stadtverordneten stimmten am Montag in nichtöffentlicher Sitzung dem Erwerb des Wendreckeschen Ackers, eines Geländes zwischen Loeks Hof und dem „Bergmannstrost" in einer Größe von 50—60 000 Quadratmetern zu. Der Kaufpreis beträgt 1,1 Millionen M. Der Acker soll als Baugelände verwertet werden, und man hofft, dort an 400 Wohnungen errichten zu können.

Reichsgründungsfeier der Universität.

** Halle, 18. Jan. Auch die Universität Halle-Wittenberg hatte es nicht unterlassen, der 50. Wiederkehr des 18. Januar 1871, der uns das Deutsche Reich bescherte, durch eine ausdrucksvolle Feier zu gedenken. Am vormittag legten Vertreter der studentischen Korporationen am Kaiser-Wilhelm-Denkmal in der Poststraße drei prachtvolle, mit schwarz-weiß-roten Schleifen geschmückte Kränze nieder. Um 10 Uhr setzte sich ein Zug, zu dem die Charakterten in vollem Wichs erschienen waren, nach der Universität in Bewegung, um an der für 11 Uhr in der Aula angesetzten Feier teilzunehmen. Die am Heldenführerdenkmal niedergelegten Kränze wurden natürlich von Kommunisten wieder gestohlen.

Letzte Depeschen

Frankreichs Reparationsforderungen.

Bedeutende Herabsetzung?

Mailand, 20. Jan. Der Pariser Korrespondent des „Secolo" will aus guter Quelle wissen, Frankreich habe seine ursprünglichen Entschädigungsforderungen gegenüber Deutschland um mehr als die Hälfte herabgesetzt. Die Gesamtsumme der von Deutschland im Kriege verursachten Schäden sei so groß, daß man ihre Bezahlung nicht erwarten könne. Jedoch würde die Gesamtsumme veröffentlicht, um aller Welt die Schäden des Krieges vor Augen zu führen.

Sobald die Summe festgesetzt sei, werde Deutschland aufgefordert, seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entsprechende Abzahlungen in Waren und Geld zu entrichten.

Deutschlands Anträge.

Berlin, 21. Jan. Laut W. T. B. liegt bisher eine Meldung über die Verhandlungen des Staatssekretärs Bergmann in Paris an Berliner amtlichen Stellen nicht vor. Richtig ist die Bemerkung des „Echo de Paris", daß eine Vereinbarung über die Zahlung von 5 Annuitäten unter vorläufiger Zurückstellung der Festsetzung einer Gesamtsumme als Abweichung vom Friedensvertrag der Zustimmung Deutschlands bedürfe. Wenn das Blatt andeutete, Herr Bergmann habe außer den aufgezählten Verhandlungsvoraussetzungen noch weitere Forderungen gestellt, so sind damit vermutlich die bereits bekannten Brüsseler Anträge Deutschlands über gleichberechtigte Behandlung auf dem Handelsgebiet und Freigabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums gemeint. Außerdem wurde als selbstverständliche Voraussetzung für unsere Zahlung das Verbleiben Oberschlesiens beim Reich bezeichnet. Die Mitteilung, Bergmann sei mit einer Zahlung von 2 Milliarden einverstanden, beruht offenbar auf einem Mißverständnis, da die Verständigung über die Summe erst nach Einigung über die als Voraussetzung für die Verhandlungen geforderten Zugeständnisse erfolgen kann.

Gegner der deutschen Vorschläge.

London, 20. Jan. Einer Meldung des diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph" zufolge erklären die amtlichen Kreise in London, die deutschen Vorschläge für die Wiederherstellung seien anmaßend und wertlos. Sie verlangen den Abschluß der von der Brüsseler Konferenz vorzunehmenden Erhebungen und Feststellungen über die Finanzlage Deutschlands.

Aenderung des Entschädigungsparagraphen?

London, 21. Jan. (Eig. Drahtber.) Reuter versichert, die englische Regierung zweifle nicht, daß Deutschland in Brüssel seinen Mutwillen beweisen werde. Man habe in London mit Ueberraschung vernommen, daß Herr Bergmann in Paris, die von den Entente-Sachverständigen in Brüssel vorgeschlagenen Ziffern zurückwies. Jedenfalls habe die Entente auf Grund des Einverständnisses zwischen Paris und London den bekannten Paragraphen des Versailler Vertrages über die Festsetzung der Entschädigungssumme vor dem 1. 5. 1921 bereits geändert und verzichte vor der Hand auf die sofortige Festsetzung.

Briands Außenpolitik.

Paris, 21. Jan. Nachdem Briand über die auswärtige Politik zu Italien den Vereinigten Staaten, Belgien und den Freunden und Verbündeten Mitteleuropas gesprochen hatte, erklärte er, Frankreich werde die strikte Ausführung der Friedensverträge zwischen den aus dem Verfall des österreichisch-ungarischen Reiches entstandenen Staaten nicht vernachlässigen und die Abmachungen durchführen, die es jedem dieser Länder ermöglichen, seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau zu beleben. Nachdem Briand noch über die beabsichtigte Neuorganisation des französischen Heeres und über die französischen Finanzen gesprochen hatte, appellierte er zum Schluß an die Einigkeit aller Republikaner. Die Erklärung wurde wiederholt durch Beifall unterbrochen. Darauf wurden verschiedene Interpellationen verlesen und die Sitzung auf morgen vertagt.

Im Senat wurde die Regierungserklärung, nach einer Havasmeldung mit großem Beifall aufgenommen und darauf die Sitzung vertagt.

Wieder ein polnisches Waffenlager entdeckt.

Kattowitz, 21. Jan. Am Mittwoch wurde durch die Abstimmungspolizei im Dorfe Makoschau bei einem polnischen Mitgliede des parlitätischen Ausschusses ein Waffenlager entdeckt. Beschlagnahmt wurden 176 Gewehre, mehrere Kisten mit Gewehrmunition und Handgranaten im Gewicht von über 4 Zentnern.

Selbständige Anschluß-Abstimmung in Tirol?

Innsbruck, 21. Jan. Der Tiroler Landtag beschloß, falls die Bundesregierung die Anschlußfrage an Deutschland nicht bald erörtere, die Abstimmung in Tirol allein vorzunehmen.

Deutsche Entschädigungsforderungen an Finland

Helsingfors, 21. Jan. (Eig. Drahtber.). Deutschland fordert für die militärische Hilfeleistung anläßlich des finnischen Aufstandes im Jahre 1918 erneut 80 Millionen Reichsmark. 65 Millionen wurden bereits früher gezahlt.

Razzia auf die Sinnfeiner.

London, 21. Jan. Bei einer von 50 bewaffneten Polizeibeamten vergangene Woche hier veranstalteten Razzia auf die Sinnfeiner wurden 8 Häuser durchsucht, eine große Menge Dokumente beschlagnahmt, Verhaftungen jedoch nicht vorgenommen.

In Cork wurden von den Militärbehörden als offizielle Vergeltung für den Angriff auf einen Detektiv zwei Kaufläden in die Luft gesprengt.

Sturz des persischen Kabinetts.

London, 21. Jan. „Times" melden aus Teheran den Sturz des persischen Kabinetts.

Die Wirtschaftsdepression in England.

London, 21. Jan. Laut „Westm. Gaz." hält die Depression und Arbeitslosigkeit in den Bergwerken in unveränderter Stärke an.

Belgische Ausfuhrerleichterung.

Brüssel, 21. Jan. Eine ministerielle Erklärung gibt die Ausfuhr von Zucker, Kakao, Konserven, Mineralwasser, getrocknete Zwiebeln, Gemüse und Seife ohne Ausfuhrschein frei.

Vertrauensvotum des Zentrums für Dr. Wirth

Berlin, 20. Jan. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat dem Reichsfinanzminister Dr. Wirth gegenüber den Angriffen, die in letzter Zeit aus Anlaß der Erledigung der Beamten- und Arbeiterforderungen erhoben worden sind, ihr Vertrauen ausgesprochen.

Der Gewerkschaftsbund für sofortige Bergbausozialisierung.

Berlin, 21. Jan. Der Ausschuß des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes fordert in einer gestern einstimmig angenommenen Entschließung die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Das Gesamtvermögen Rosenthals beschlagnahmt

Dresden, 21. Jan. (Eig. Drahtber.) Das Landgericht verfügte die Beschlagnahme des gesamten im deutschen Reiche befindlichen Vermögens des flüchtigen Getreidebeschiebers Rosenthal, da die bisherigen Teilbeschlagnahmen nicht zur Deckung der ihm wahrscheinlich treffenden Höchstgeldstrafe ausreichen dürften.

Volkswirtschaft — Handel — Verkehr.

Das Steigen der Mark.

Berlin, 20. Jan. Die Mark steigt, der Dollar fällt! Wir glauben nicht schlecht unterrichtet zu sein, wenn wir annehmen, daß die so gegebene Bewegung noch nicht ihr Ende erreicht hat, vielmehr vielleicht mit kleinen Pausen den nächsten Monaten ihre Signatur geben wird. Nicht nur wirtschaftlich ihre Signatur geben wird! Denn der Vorgang steht im engen Zusammenhang mit der gesamten internationalen Lage, in der wesentliche Aenderungen hervorzutreten beginnen. Selbstverständlich werden die Rückwirkungen auf die innere Lage im Reich, zu denen erhebliche Aenderungen im Stande unserer Valuta unter den gegebenen Verhältnissen nun einmal führen, schwerlich ausbleiben. Besonders beachtenswert erscheint die Nachfrage nach deutscher Anleihe für amerikanische Rechnung.

Die 18. Mitteldeutsche Häuteauktion

wurde heute (20. 1.) in Leipzig fortgesetzt. Der Besuch der Auktion war wieder gut und leichte Großviehhäute zogen im Preise eine Kleinigkeit an, schwere dagegen mußten im Preise nachgeben und viel Lose wurden zurückgezogen. Für das Erfurter Gefälle wurden erzielt für Kuhhäute ohne Kopf bis 29 Pfd. 16.35 Mk.; bo. 30—49 Pfd. 13.— Mk.; bo. 50—60 Pfund 11.90 Mk.; bo. 60—80 Pfd 11.50 Mk.; über 80 Pfd. 11.10 Mk. Ochsenhäute mit Kopf bis 29 Pfd. 14.40 Mk.; bo. 30—50 Pfd. 12.50 Mk.; bo. 50—60 Pfd. 10.85 Mk.; bo 60—80 Pfd. 11.85 Mk.; bo. über 80 Pfd. 10 Mk. Bullenhäute mit Kopf bis 29 Pfd. 14.95 Mk.; bo. 30—50 Pfd. 12.50 Mk.; bo. 50—60 Pfd. 10.40 Mk.; 60—80 Pfd. 9.10 Mk.; über 80 Pfd. 8.— Mk. Alles pro Pfund. Die Anschlußplätze erhielten ähnliche Preise.

Von den Fischmärkten.

Die Zufuhren in See- und Flußfischen zu den Hauptfischmärkten ließen zu wünschen übrig. Viele Dampfer konnten wegen Kohlenmangels nicht in See gehen. Infolge der hohen Preise gestaltete sich der Handel schleppend: Es notierten je nach Qualität Schellfisch 270—570 Mk.; Kabliau 300—355 Mark; Seehecht 350—500 Mk.; Rotbarsch 350 Mk.; Steinbutt 700—1400 Mk.; Seezungen 1800—1850 Mk.; Schollen 500—600 Mk.; Rotzungen 260—265 Mk.; Rogen 140—145 Mark; Flußfische, Aal 6—22 Mk.; Stint 280—305 Mk.

Vom Fettmarkt.

Die Zufuhren an ausländischer Butter an die Sammelstellen werden immer geringer, und stellen die zukünftige Zuteilung der Butter in Frage. Vom Auslande liegen günstige Angebote vor.

In Margarine ist das Angebot größer als die Nachfrage. Die Preise sind ermäßigt auf 12.35 Mk. für ganze Kübel. In Schmalz sind die Vorräte knapp. Die Nachfrage ist lebhaft. Preise weichend. Bei neuen Abschlüssen werden die Forderungen der Packer bewilligt werden müssen.

Verantwortliche Redaktion Politik, Oertl. und Prov. Teil: Hanns Lotz. — Sport: M. Hochheimer. — Anzeigen: H. Baltz. Druck- und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsgesellschaft L. Balz, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919210121-16/fragment/page=0003

Dauerwäsche
„Zelida“
wird nicht gelb, friedensmäßig.
Viele Formen.
Kragen, auch extra stark
Vorhemden, Manschetten
A. Herckel
Merseburg
Spezialgeschäft
für Wollwaren
Ölgrube 29.

In das Handelsregister Abt. B Nr. 29 ist heute die Firma **Landwirtschaftliche Maschinen-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Zweigniederlassung Merseburg** eingetragen worden. Der Gesellschaftsvertrag ist am 26. Oktober 1920 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist der Vertrieb landwirtschaftlicher Maschinen, Geräte und Bedarfsartikel aller Art. Zur Erreichung oder Förderung ihres Zwecks kann die Gesellschaft sich an Fabriken, die einschlägige Fabrikate herstellen, beteiligen und Grundstücke erwerben. Die Gesellschaft kann auf Grund eines Beschlusses der Gesellschaft Zweigniederlassungen errichten, auch sich an anderen Unternehmungen in jeder gesetzlich zulässigen Form beteiligen. Das Stammkapital beträgt 30 000 Mark. Geschäftsführer ist der Kaufmann **Heinrich Steinkopf, Freiburg im Brsg.** Oeffentliche Bekanntmachungen der Gesellschaft werden durch d. Deutschen Reichsanzeiger erlassen.

Merseburg, d. 13. Jan. 21.
Amtsgericht, Abt. 4.

In das Handelsregister A Nr. 404 ist heute die Firma **Georg Haupt, Textilwaren** mit dem Sitze in **Merseburg** und als Inhaber der Kaufmann Georg Haupt hierselbst eingetragen worden. Ferner ist bei Nr. 398 betr. die Firma **Merseburger Autoverleihzentrale Hans Engel in Merseburg** folgendes eingetragen: Die Firma ist erloschen.

Merseburg, d. 15. Jan. 21.
Amtsgericht, Abt. 4.

In das Handelsregister A Nr. 03 ist heute die Firma **Robert Müller** mit dem Sitze in **Merseburg** und als Inhaber der Kaufmann Robert Müller daselbst eingetragen worden. Ferner ist bei Nr. 57 betr. die Firma **Karl Tänzer Adolf Schäfers Nachfolger in Merseburg** folgendes eingetragen: Die Prokura des Kaufmanns Georg Haupt in Merseburg ist erloschen.

Merseburg, d. 14. Jan. 21.
Amtsgericht, Abt. 4.

In das Genossenschaftsregister betr. den **Consumverein Zöschen und Umgegend** eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Zöschen ist heute folgendes eingetragen: Karl Dammhahn ist aus dem Vorstande ausgeschieden und an seine Stelle ist **Albert Donner in Zöschen** getreten.

Merseburg, d. 13. Jan. 21.
Amtsgericht, Abt. 4.

Freiw. Versteigerung.
Sonnabend, d. 22. d. M., vorm. 10 Uhr, werde ich im Gasthof „Zur gr. Linde“
ein 3jähriges Fohlen
(Kreuz. Oldenburger Däne)
öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.
Albert Franke,
beeidigter Auktionator.

Nähmaschinen aller Systeme
repariert schnell und gut
L. Albrecht, Hallesche Str. 19b

Regendecken
für Pferde
aus wasserdichtem Stoff
empfehle in besten Qualitäten
Eduard Klauss, Merseburg.

Optikermstr. Fischer
MERSEBURG, Markt 24.
Fachmann für wissenschaftlich **richtige** Augengläser.
Erstes optisches **Spezial**-Geschäft am Platze.

Carl Höser
Sanitäre Unternehmungen und Bauklempnerei
Gas- und Wasserleitungsanlagen
Reparaturen
Merseburg a. S.
Markt Nr. 8 Preußerstr. 5
Fernsprecher 622

Laubholz-Schnittware!
Ein Waggon Eichene, Esche, Birke und Erlene 40 m/m u. 50 m/m Bohlen sowie 25 m/m starke Linden-Bretter, prima Ware,
gegen Gebot sofort lieferbar. Besichtigung erwünscht.
Kreher & Ringpfeil
Arnsdorf bei Rnhland.

Von **Sonntag, den 23. Januar** ab steht
ein neuer großer Transport

von 40 Stück ganz schwere Oldenburger Kühe
mit
Kälbern, sowie **hochtragende Kühe und Kalben (auch Jungvieh)**
zu annehmbaren Preisen zum Verkauf.
E. Kiesels Nachf.,
Karl Schumann,
Viehgeschäft. Lützen. Tel. 376.

ALA
VEREINIGTE ANZEIGEN-GESELLSCHAFTEN
MASSENSTEIN & VOGLER A.-G. · DAUBE & CO. G.M.B.H.
Anzeigen-Vermittlung
für sämtliche Zeitungen u. Zeitschriften der Welt
Agentur Merseburg
Hälterstraße 4
Telephon 100. Telephon 100.

Flechtenleiden
Glänz. Anerk. Nach 3 Tagen Erfolg. Auskunft erteilt
Versandhaus Westfalia,
Erkenschwick, (Westf.) 542b

Bettnässen Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeb. Ausk. umsonst. Versandh. **Hofmann**
Fürth in Bayern Weiherstr. 8.

Bonbon — billiger!
Malzbonbon 1/4 Pfund 3,20
Himbeeren 1/4 Pfund 3,20
Lebenswecker 1/4 Pfund 3,20
Gefüllte Seidenkissen 1/4 Pfund 3,90
Kokosflocken 1/4 Pfund 4,—
Martha Hoffmann,
Reichardts
— Schokoladengeschäft —
Gotthardstr. 14.

Backofen-Armaturen als:
1 Schrift, 1 email. Pfanne 100×42×24 ctm, 1 Leuchtapparat drehbar, 4 Züge m. Kupferdeckel, 4 Anker je 3 Mtr. lg., 1 eis. Träger ca. 3 Mtr. lg., eine größere Anzahl Eisenstäbe, sowie weitere Backofenarmaturteile, alles in tadellosem, gebrauchsfähigem Zustande, ferner noch:
1000 Ziegelsteine } von bester Beschaffenheit
100 Chamottesteine 28 1/2×15 1/2×6 1/2 ctm.
10 Chamottesteine 30×16 1/2×10 1/2 ctm.
ca. 6—8 Zent. Glasscherben zu verkaufen.
Hanf & Müller,
Weißenfels a. S., Jädenstr. 7.

Verkaufe billigst um zu räumen
1 Adler Limousine ganz geschlossen, hochherrschaftlich 10/28 PS.
1 Adler 4 Sitzer offen 6/15 PS., beide Wagen neueste rassigste Form. Spitzkühler, eingelass. Verdeck
1 Hansa-Lloyd-Lastwagen neu 22/50 PS 8 To.
1 Daimler 45 PS., 4 To.
1 Beckmann 3/4 To. 15/28 PS., Mk. 14 000.
Schneiderheinze
Leipzig, Arndtstr. 46 I.

Junge hochtragende Kuh
verkauft
Möritzsch Nr. 4.

Hocheleg. Herr.-Rad f. neu, 750 M., Dam.-Rad, besond. billig verkauft
Leipzig, Wintergartenstr. 7 Hof Trödl.

+ Frauen +
gebrauchen bei Ausbleiben der
monatlichen Regel
meine **unübertroffenen schnell wirkenden** Spezialmittel. Ich übertreibe nicht, sondern helfe täglich zahlreichen Frauen auch in den schwierigsten Fällen, Schreiben Sie mir, wie lange Sie klagen, dann helfe ich Ihnen auch. Nur dann können Sie Ihres Lebens wieder froh sein
Erfolge aussichtslos sen Fällen durch viele Dankschreiben nachgewiesen trotzdem unschädlich, ohne Berufsstörung mit Garantieschein sonst
3 faches Geld zurück. Versand streng reell und diskret.

Frl. H. aus H. schreibt: Ich gebrauchte Ihre Mittel, dieselben waren **schmerzlos,** wirkten schon in 1 Tage, wofür ich Ihnen ewig dankbar sein werde.
P. Nagel, Hamburg 228 Margarethenstr. 76 III

Täglich:

Künstler-Konzert
WALTER TEMLER
Likörschank ⊗ Weinstuben
Leipzigerstr. 53. **Halle a. S.** Telefon 1457.
Am Riebeckplatz.

Patent-Anwalt K. Viertel
DIPLOM.-INGENIEUR
Telefon 3410 **Halle a. S.** Franckestraße 7.
Gerichtlich vereidigter Sachverständiger.

Die öffentliche Lesehalle
im „Herzog Christian“
ist geöffnet jeden Tag von **früh 10 Uhr bis abends 9 Uhr.** Die besten und größten Tageszeitungen und Zeitschriften liegen aus.

Monatslesekarte	**Preis 1,— Mark,**	
Familien-Monatslesekarte	„ 2,—	„
Jahreslesekarte	„ 5,—	„
Familien-Jahreslesekarte	„ 7,—	„
Tageslesekarte	„ —,20	„

Die Karten sind im Herzog Christian zu haben. Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren ist der Zutritt nicht gestattet.

Der Verein zur Förderung der Jugendpflege (E. V.)

Adler-Schreibmaschinen
Adler-Schreibmaschinen Mod. 7 und Kleinadler
mit kürzester Lieferzeit sind zu haben nur bei
Werner Löwenstein & Sohn
Halle, Magdeburgerstr. 63. Tel. 6776.

Selbstkäufer
sucht guterhaltenes
Damenzimmer
und einige guterhaltene **größere Teppiche**
zu kaufen. Angebote unter **F. R. 2** an die Expedition dieses Blattes.

Schadhafte Teppiche,
deutsche u. Perser stopft u. repariert **Schön, Leipzig** Dorotheenplatz 2 I.
Fernr. 15725. Pr. Versand.

Verzugshalber
verkaufe sofort mein Wohnhaus mit Seitengebäude u. Stallung nebst Garten. Off. unt. Nr. **10/21** an die Expedition dieses Blattes.

Tuchfabrik
giebt an solvente Manufaktur-Restergeschäfte Herren- und Damenstoffe in Commission. Adressenangabe unter **17/21** an die Exped. dieses Blattes.

Suche per sofort
kl. Wohnhaus
zu kaufen. Offert m. Preis u. **H. A. 14/21** an d. Ztg.

Tüchtiger Vertreter,
welcher bei Landwirten gut eingeführt ist, zum Verkauf chemischer Präparate und Düngemittel **gesucht.**
D. Harding & Co.,
Northeim i. Hannov.

Dienstmädchen erhält,
wer die **Unstrut-Zeitung Lauche** zur Insertion benutzt.

Bettnässen
Befreiung gar. sof. Alter u. Geschlecht angeb. **Auskunft umsonst.**
Versandhaus Westfalia
Erkenschwick (Westf.) 542.

Stadttheater Halle.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: **Mäusekönigin.**
Sonnabend, abds. 7 1/2 Uhr: **Der Waffenschmied.**
Thalia-Theater: 7 1/2 Uhr: **Stützen der Gesellschaft.**

113. Bildungsabend.
Sonnabend, 22. Jan., abends 7 1/2 Uhr im Schloßgartensalon
Konzert des Hallischen Lehrergesangvereins.
Leitung: Wilh. Trenkner.
Mitwirkung:
Konzertsänger Ernst Meyer-Halle, (Tenor)
Männerchöre von:
Schubert W. Berger, Hegar, A. v. Othegraven, Wetz, Thuille u. Andreae.
Lieder am Klavier von Schubert und Schumann.
Einlaßkarten zu 5 u. 3 M. ohne Steuer im »Herzog Christian« von Montag, den 17. Januar ab.

ROBERT SCHUMANN
Möbel
gut bürgerlicher und vornehmster Art
Leipzig. Goethestrasse 1.

Wegen Verringerung der Schafherde stehen zum Verkauf:

18 Mutterschafe (im Dezember zum Bock gelassen.)
18 Jährlingshammel
5 Jährlingsschafe.
Alfred Boltze, Gutsbesitzer
Niederclobican bei Lauchstedt.

Gottesdienst-Anzeigen.
Sonntag, den 23. Januar 1921 (Septuagesimä).
Es predigen:

Dom. Vorm. 10 Uhr: Superintendent Bithorn. Vorm. 11 1/4 Uhr: **Kindergottesdienst.** Nachm. 5 Uhr: Diakonus Buttke. **Donnerstag,** abends 8 Uhr: **Bibelstunde** in der Herberge zur Heimat. Diakonus Buttke. **Volksbibliothek** geöffnet Sonntags von 11 bis 12 1/2 Uhr mittags.

Stadt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Werther. An der Geisel 5.
Der Kindergottesdienst fällt aus.
Evang. Männer- und Jugendverein.
Sonntag, abends 8 Uhr: **Versammlung.** An der Geisel 5. — Pastor Werther.
Dienstag, abends 8 Uhr: **Bibelstunde.** An der Geisel 5. — Pastor Werther.
Ev. Mädchenbund St. Maximi.
Dienstag, abends 8 Uhr: **Chor-Gesangs-Uebung** An der Geisel 5. — Lehrer Busch.
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Versammlung.** An der Geisel 5. — Pastor Riem.

Altenburg. Vorm. 9 Uhr: Pastor Kratzenstein. **Im Anschluß finden die Neuwahlen zum Gemeindekirchenrat u. Gemeindevertretung statt.**
Der Kindergottesdienst fällt aus.
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Lesabend.** Unteraltenburg 36.

Menschen. Nachm. 4—5 Uhr: **Kirchliche Wahl.**

Neumarkt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Bolt. Vorm. 11 Uhr: **Kirchenwahlen.**
Montag, abends 8 Uhr: **Versammlung der konfirmierten Söhne im Pfarrhause.**
Dienstag, abends 8 Uhr: **Monatsversammlung des kirchlichen Vereins im „Merseburger Raben“, Neumarkt 76.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Mädchenverein St. Thomae im Pfarrhause.**

Christliche Gemeinschaft, Blanckestraße 1.
Sonntag, abends 8 Uhr: **Bibelstunde.**
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Bibelstunde.**

Katholischer Gottesdienst.
Sonntag, den 23. Januar 1921.
Früh 1/7 Uhr: Beichte.
1/8 Uhr: Frühmesse.
1/10 Uhr: Hochamt.
Nachm. 2 Uhr: Andacht.
Sonnabend, abends von 5 Uhr an Beichte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919210121-16/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 17 des Merseburger Tageblattes

Freitag, den 21. Januar 1921.

Deutscher Reichstag

Berlin, 20. Januar 1921.

Die Interpellation sämtlicher Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten über die Vorgänge in Oberschlesien wird in der vorgeschriebenen Frist beantwortet werden.

Auf der Tagesordnung steht ein Gesetzentwurf über eine weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts,

Erhöhung der Teuerungszuschläge für die Beamten.

Abg. Pletzner (Kom.): Der Hauptausschuß will nur die völlig ungenügende Vorlage verschleppen. Es handelt sich um eine große Schiebung. Man will die höheren Beamten gegen die niederen ausspielen. Wir nehmen den Kampf auf gegen Regierung und Reichstag. (Heiterkeit.)

Abg. Breunig (U. S.): Da die Vorlage im Einverständnis mit den Gewerkschaften zustande kam, sehen wir zurzeit von weiteren Forderungen ab.

Damit ist die erste Lesung beendet.

Das Gesetz über die Ueberleitung der Rechtspflege in den Kreisen Eupen und Malmedy wird in allen drei Lesungen angenommen.

Zum Gesetzentwurf betr. den Optierungsvertrag zwischen dem Reiche und Danzig führt Abg. Schultz-Bromberg bewegte Klage über die Behandlung der deutschen Optanten durch die Polen. Die Schaffung einer deutschen Optionsbehörde sei dringend nötig.

Abg. v. Kemnitz (D. Vpt.) hofft, daß möglichst wenig Danziger von dem Optionsrecht Gebrauch machen werden, sondern es vorziehen, Deutsche zu bleiben.

Abg. Schultz-Bromberg stellt nochmals die dringende Notwendigkeit einer sofortigen Einrichtung der Optionsbehörde fest, da uns sonst 160 000 Wahlstimmen verloren gehen.

Der Entwurf wird in 1. und 2. Lesung angenommen, desgleichen der Entwurf betr. das deutsch-französische Abkommen über Erstattung der von Elsaß-Lothringen geleisteten Kriegsausgaben.

Die Beratung des unabhängigen Antrages auf Außerkraftsetzung des bayrischen Ausnahmeparagraphen wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Spahn (Ztr.): Der Antrag Aderhold bezieht sich nur auf die bayr. Verordnung vom 4. 11. 1919 über einstweilige Maßnahmen gemäß Artikel 48 Abs. 4 der Reichsverfassung. Dieser Artikel aber ist in Ermangelung des dort gleichzeitig angekündigten Gesetzes eine lex imperfecta. Die Handhabung des Art. 48 der Reichsverfassung ist ausdrücklich in die Hände der Reichsregierung und der Landesregierung gelegt. Der Reichspräsident hat der bayrischen Verordnung zugestimmt. Von einem Verfassungsbruch kann also in keiner Hinsicht die Rede sein. Wir können dem Antrag Aderhold nicht zustimmen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Thomas (Kom.): Volksgerichte sind gesetzwidrig und wirken besonders schädlich, weil ein Wiederaufnahmeverfahren nicht stattfindet. Der Redner geht dann im einzelnen auf eine große Zahl von Fällen ein, in denen Leute hohe Zuchthausstrafen bekommen haben.

Abg. Simon-Schwaben (Soz.): Dr. Strathmann hat gestern wohl geglaubt, nicht im Reichstage, sondern in einem Theater zu sein. Er war einer der berüchtigsten Kriegshetzer, der die schmutzigsten Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie verbreitet hat.

Abg. Unterleitner (U. S.) wendet sich gegen die Ausweisungen von Ausländern aus Bayern und bringt in stundenlanger Rede zahlreiche Einzelbeschwerden vor.

Vizepräsident Dietrich rügt an Hand des Stenogramms die während der Ausführungen Unterleitners gegenüber dem Vertreter der bayrischen Regierung gefallenen Zurufe, wie „Verbrecher" usw., desgleichen werden Abg. Ledebour und Unterleitner wegen beleidigender Aeußerungen gegenüber Mitgliedern des Hauses und dem bayrischen Ministerpräsidenten zur Ordnung gerufen.

Damit schließt die „Aussprache". In namentlicher Abstimmung wird der unabhängige Antrag mit 181 gegen 12 Stimmen der sozialistischen Parteien abgelehnt. (Beifall bei den Bürgerlichen, großer Lärm bei den Kommunisten.)

Es folgt die 2. Lesung des Entwurfs über einen weiteren Notetat für 1920 mit Bezug auf die Erhöhung der Beamtenzulagen, verbunden mit der Entschließung des Ausschusses auf beschleunigte Erledigung des Ortsklassengesetzes, und zwar entsprechend der Einreihung der einzelnen Orte.

Abg. Pletzner (Kom.) wiederholt seine Rede bei der ersten Lesung der Vorlage.

Abg. Breunig (U. S.) bedauert, daß nicht mehr zu erreichen war.

Die Vorlage wird in der Fassung des Hauptausschusses gegen die Kommunisten angenommen. Die vom Hauptausschuß abgelehnte Einfügung des Reichsrats, wonach den Ländern von dem Ertrag neu einzuführender Steuern Anteile zu gewähren sind, wird vom Reichstag ebenfalls abgelehnt.

Freitag: Anfragen, Interpellation der U. S. P. über die Beziehungen zu Rußland, kleine Vorlagen, Justizetat.

* * *

Die Beamten-Zulagen im Hauptausschuß.

Gestern beschäftigte sich der Hauptausschuß des Reichstages wiederum mit den Teuerungszulagen zu den Beamtengehältern. Der Reichsrat fügte bekanntlich am Mittwoch zu dem Gesetzentwurf eine neue Bestimmung hinzu, wonach den Ländern aus den neu einzuführenden Steuern Anteile zur Bestreitung der Mehraufwendungen zu gewähren seien, die ihnen und ihren Gemeinden dadurch erwachsen, daß sie die Teuerungszuschläge für ihre Beamten usw. erhöhen müssen. — Ministerialdirektor Sachs begründet die Stellungnahme des Reichsrates. Die Länder und Gemeinden befänden sich überwiegend in einer überaus schwierigen Finanzlage. Sie seien schon jetzt zum größten Teil nicht mehr in der Lage, ihren Haushaltsplan ins Gleichgewicht zu bringen. Reichsfinanzminister Wirth erklärt demgegenüber nochmals, daß die Reichsregierung nicht in der Lage sei, der vom Reichsrat beschlossenen Aenderung des Entwurfes zuzustimmen. Er sei zwar bereit, für die Mehrkosten, die den Ländern aus einer Erhöhung der Teuerungszuschläge erwachsen, Mittel in den Reichshaushaltsplan einzustellen, erachte es aber nicht für angängig, die Verpflichtung hierfür im Gesetz selbst festzulegen. Ebenso lehnt es der Reichsfinanzminister ab, auch die etwa den Gemeinden entstehenden Mehrkosten auf Reichsmittel zu übernehmen. Dem Reiche würde dadurch eine Last auferlegt, deren Umfang finanziell sich heute noch gar nicht übersehen lasse.

Der Hauptausschuß nimmt schließlich den Gesetzentwurf an, wonach die Teuerungszuschläge zum Grundgehalt und Ortszuschlag mit Wirkung vom 1. 1. 1921 festgesetzt werden. In Ortsklasse A auf 70 v. H., B 67, C 65, D 61, E 55 v. H. Unter Stimmenthaltung der Deutschnationalen wird dagegen die vom Reichsrat hinzugefügte Bestimmung abgelehnt, wonach den Ländern an dem Ertrag neu einzuführender Steuern Anteil zu gewähren sei. Ein Antrag, das Ortsklassengesetz mit größter Beschleunigung vorzulegen und darin Orte mit gleichen Teuerungsverhältnissen in die gleichen Klassen einzureihen, wird angenommen.

Politische Rundschau

Zwang für Bergbaubeamte.

Von besonderer Seite wird uns mitgeteilt:

Welchen Zwang die Bergbaubeamten bei einer Sozialisierung des Bergbaues nach den Absichten der radikalen Sozialisierungsfreunde unterworfen werden sollen, geht aus folgenden Vorschlägen hervor, die von der „Union" veröffentlicht werden: „Alle bisher in den von der Enteignung betroffenen Gebieten tätigen Angestellten, in erster Linie die geistig selbständig Arbeitenden, sind verpflichtet, auf ihrem Posten zu verharren und ihre Obliegenheiten im Rahmen der durch die neue Ordnung zu erlassenden Direktiven treu und gewissenhaft zu erfüllen . . . In Anbetracht des ungeheuren Ernstes der durch die Umgestaltung geschaffenen Situation und der mit einer Dienstverweigerung dieser Angestellten verbundenen schweren Gefahren für das gesamte Wirtschaftsleben ist jeder Widerstand als Sabotage zu betrachten und mit schweren Freiheitsstrafen zu belegen. Als Sabotage ist ferner passiver Widerstand ebenso anzusehen, wie eine unter den bisherigen Umständen nicht zur Schau getragene Gleichgültigkeit oder Nachlässigkeit in der Ausführung der Betroffenen zugewiesenen Dienstobliegenheiten." Die „Union" steht mit dieser Androhung von Zwangsmaßnahmen nicht allein da. Auch die Unabhängigen treten dafür ein. So empfiehlt z. B. die „Freiheit" lange Verträge, deren Ausführung von den Betriebsräten genau kontrolliert werden müssen. Ganz allgemein fordert die Linkspresse für den Beweis der stillen Sabotage, dessen Erbringen selbstverständlich in das Ermessen der Betriebsräte zugestellt wird, Bestrafung mit langen Freiheitsstrafen, evtl. sogar mit Zuchthaus.

Diese Anzeichen sind bezeichnend dafür, in welchen Zuchthausstaat die Angehörigen des Bergbaues gelangen würden, wenn die Bergbau-Sozialisierung Tatsache wurde. Besonders bemerkenswert ist, daß dieselben Linkssozialisten, die jeden Zwang für die Handarbeiter ablehnen, sich nicht scheuen, die Zuchthausstrafe für diejenigen Geistesarbeiter zu beantragen, die nach der Meinung eines Betriebsrats, dessen Sachverständnis vielfach nicht überwältigend zu sein pflegt, ihrer Pflicht nicht genügen tun.

Aufenthaltserschwerung für Reichsdeutsche im Elsaß.

In Elsaß-Lothringen lief die im Versailler Vertrag festgesetzte Frist für die Naturalisation der im Lande geborenen oder dort ansässigen Reichsdeutschen am 15. Januar ab. Der Präfekt von Metz ordnete an, daß nunmehr alle in diesem Bezirk weilenden Ausländer im Besitz einer Aufenthaltsbescheinigung sein müssen.

Ergebnisse des Reichsnotopfers.

Die bisher in der Oeffentlichkeit verbreiteten Mitteilungen über die Ergebnisse des Reichsnotopfers ermangeln einer zuverlässigen Unterlage, die erst auf Grund der längere Zeit in Anspruch nehmenden Kontrolle der Veranlagung beschafft werden kann. Soviel ist indessen richtig, daß angesichts der Abänderungsbeschlüsse des Reichstags die früheren Ertragsschätzungen nicht aufrecht erhalten werden können. Eine ziffernmäßige Feststellung des Ergebnisses ist mangels statistischer Nachweisungen noch nicht möglich, aber schon heute wird man sich darüber klar sein müssen, daß das Einnahmeergebnis den unter wesentlich anderen Voraussetzungen berechneten Ertragsanschlag bei weitem nicht erreichen wird.

Sozialistische Regierung in Mecklenburg-Schwerin.

Nachdem am Freitag das Mitglied der sozialdemokratischen Partei, Stelling, früher Minister des Innern, zum Ministerpräsidenten gewählt war, erfolgte gestern die Wahl der übrigen Staatsminister. Es wurden mit 26 sozialdemokratischen und 5 kommunistischen Stimmen gewählt die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei Kriegsgerichtsrat Rittweger aus Kiel, Lehrer Puls aus Rostock, Bürgermeister Peterson aus Goldberg i. M. und der Angestellte bei der Landesbehörde in Schwerin Evers. Die 28 Mitglieder der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei gaben ihre Stimmen für das bisherige Ministerium ab. Die drei Stimmzettel der Demokraten waren unbeschrieben.

Ueber eine Milliarde für Wohnungsbauten.

Der Hauptausschuß des Reichstages bewilligte zur Förderung der Neubau-Tätigkeit durch Gewährung von Reichsdarlehen zur Schaffung neuer Wohnungen und zur Fertigstellung angefangener Bauten 925 Millionen Mark sowie 300 Millionen für Vorschüsse zur Errichtung von Beamtenswohnungen. Außerdem bewilligte er noch 20 Millionen zum Bau von Notwohnungen für reichsdeutsche Flüchtlinge und 10 Millionen zur Förderung der Herstellung geeigneter Kleinwohnungen für Arbeiter und Beamte.

Staatsanwalt Gutjahr gegen Sklarz.

In dem Prozeß gegen Heinrich Sklarz wegen Erpressung, begangen an Staatsanwalt Gutjahr, wurde ein Antrag des Verteidigers Dr. Werthauer abgelehnt, den Staatskommissar Dr Weißmann darüber zu vernehmen, ob der Staatskommissar in der Tat dem Staatsanwalt Dr. Gutjahr mitgeteilt habe, daß der frühere Pressechef der Reichskanzlei Rauscher bei ihm gewesen sei, um im Auftrage der S. P.

Der Schatz der Sabäer.

Roman von E. Tracy.

7] (Nachdruck verboten.)

Er hatte sich gesagt, daß ein Mensch in seiner Lage, ein verabschiedeter Offizier ohne Existenz und ohne ordentlichen Beruf, das Recht verwirkt habe, hohe Anforderungen an das Leben zu stellen und eine gesellschaftliche Ausnahmestellung für sich zu beanspruchen. Und erst seine Unterredung mit Erika von Sylvander hatte ihm die Augen dafür geöffnet, daß er in seiner Unterwerfung unter den vermeintlichen Zwang der Verhältnisse viel zu weit gegangen war. Die peinliche Beschämung, die er im Angesicht dieses jungen Mädchens empfunden, war die härteste Lektion gewesen, die er je in seinem Leben empfangen. Sie allein hatte seine weiteren Handlungen bestimmt, und er fühlte, daß eine lange Zeit würde vergehen müssen, ehe die schmerzliche Erinnerung an diese Demütigung aus seinem Gedächtnisse gelöscht war. Die Anerkennung in den letzten Worten des Barons aber empfand er in seiner gegenwärtigen Stimmung fast wie Ironie, und es hatte wiederum einen beinahe schroff ablehnenden Klang, da er erwiderte:

„Von irgendwelcher Tapferkeit konnte dabei nicht wohl die Rede sein. Ich war das Opfer einer Täuschung geworden, und es war nur selbstverständlich, daß ich in derselben Stunde, die mir diese Erkenntnis verschafft hatte, meine Beziehungen zu dem Urheber der Täuschung in unzweideutigster Weise lösen mußte. — Wenn ich mir nun die Frage gestatten darf, Herr de Beauregard, zu welchem Zweck — —"

„Zu welchem Zweck ich Sie um Ihren Besuch gebeten habe," fiel der andere artig ein. „Gewiß, ich bin Ihnen eine Erklärung dafür schuldig. Aber Sie dürfen mich nicht für indiskret halten, wenn ich Ihnen zunächst mit einer Gegenfrage antworte: Haben Sie sich bereits für eine andere Stellung oder Beschäftigung entschieden?"

„Dazu war mir innerhalb dieser wenigen Stunden natürlich noch keine Möglichkeit geboten."

„Aber Sie haben nach dieser Richtung hin vielleicht schon bestimmte Pläne oder Absichten?"

„Keineswegs."

„Es würde mir also gestattet sein, Ihnen ein Anerbieten zu machen?"

„Gewiß — wenn ich auch ein wenig überrascht bin durch ein freundliches Interesse, für dessen Erweckung ich so wenig habe tun können."

„O, nicht so wenig, als Sie vielleicht annehmen," lächelte der Baron. „Ich habe die Unbescheidenheit gehabt, mich ein wenig über Ihre Person und Ihre Verhältnisse zu informieren. Und ich hege die feste Ueberzeugung, daß Sie im reichsten Maße alle die Eigenschaften besitzen, die für mich wertvoll sein würden.

„Wollen Sie mir mitteilen, welches diese Eigenschaften sein sollten?"

„Persönlicher Mut, physische Kraft, ehrenhafte, zuverlässige Gesinnung und so viel soldatischer Geist, als erforderlich ist, um einem großen und bedeutsamen Unternehmen unter Einsetzung aller Fähigkeiten und zugleich in williger Unterordnung unter die Gesetze einer nach militärischem Vorbilde geregelten Disziplin zu dienen."

„Einem Unternehmen, das von Ihnen ausgeht, Herr Baron?"

„Sie würden mich allerdings als Ihren eigentlichen Vorgesetzten anzusehen haben. Liegt darin vielleicht etwas, das Sie von vornherein abschreckt?"

„Durchaus nicht! — Zumal ich ja nicht die Ehre habe, Sie näher zu kennen. Sie sehen mich vorerst nur einigermaßen gespannt, etwas Genaueres über die Natur des Unternehmens zu erfahren."

„Es handelt sich um Ihre etwaige Teilnahme an einer längeren Reise — einer zu wissenschaftlichen Zwecken unternommenen Expedition."

Heinz horchte hoch auf. Wenn es etwas Verlockendes für ihn gab, so war es die Aussicht, in die weite Welt hinausgehen und für eine Weile dem Lande den Rücken kehren zu dürfen, das ihm der Schauplatz so bitterer Leiden und so harter Enttäuschungen gewesen war. Und er war viel zu wenig Diplomat, als daß er zu verbergen vermocht hätte, was in ihm vorging.

„Einer Expedition, deren Ziel ein weit entlegenes Land, vielleicht ein anderer Erdteil ist?" fragte er gespannt. Und Herr de Beauregard nickte.

„Ausführlichere Mitteilungen über Zweck und Ziel des Unternehmens dürfen Sie zunächst noch nicht von mir erwarten," sagte er. „Wenn wir, wie ich hoffe, zu einer Verständigung gelangen, werden Sie den Gründen, die mich vorläufig zu einer Geheimhaltung nötigen, Ihre Anerkennung nicht versagen. Vorerst handelt es sich ja auch darum festzustellen, ob Sie im Prinzip geneigt sein würden, meinen Vorschlag anzunehmen. Es könnte ja sein, daß Verhältnisse zwingender Natur Ihnen eine längere Abwesenheit von Deutschland verbieten, oder daß Sie andere Gründe haben, mein Anerbieten von vornherein abzulehnen."

„Ich bin vollkommen unabhängig, Herr Baron, und kann gehen, wohin es mir beliebt. Ja, ich darf hinzufügen, daß ich mich sehr ernstlich mit dem Gedanken einer Auswanderung nach Südafrika getragen hatte, als mir jener Gumpendorf seinen Engagementsantrag machte. Nach dieser Richtung hin würde es also keine Hindernisse geben."

„Sehr wohl! Käme also als Punkt zwei die Frage, ob Sie an der Ihnen zugedachten Tätigkeit Gefallen finden würden. Ob Sie Reiter sind und im Notfall mit einer Schußwaffe umzugehen wissen, brauche ich Sie ja nicht zu fragen, da mir Herr Gumpendorf verraten hat, daß Sie Offizier bei der Kavallerie waren."

Heinz hielt es für angezeigt, ihn zu unterbrechen.

„Pardon! Das wissenschaftliche Unternehmen, von dem Sie sprachen — trägt es denn einen kriegerischen Charakter?"

Beauregard schüttelte lächelnd den Kopf.

„Ganz und gar nicht. Es ist im Gegenteil die friedlichste Sache von der Welt. Aber es wird die Teilnehmer allerdings in Gegenden führen, die ziemlich weitab liegen von aller modernen Zivilisation, und wo man deshalb etwaigen unangenehmen Eventualitäten gegenüber in erster Linie auf energische Selbsthilfe angewiesen sein würde. Lediglich aus diesem Grunde bin ich genötigt, mich mit entschlossenen, furchtlosen und waffengeübten Männern zu umgeben."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919210121-16/fragment/page=0005

D. eine Einstellung des schwebenden Klarzverfahrens zu erbitten. Gestern Mittag wurde das Urteil verkündet: Klarz wurde zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Deutscher Export nach Argentinien in englischer Beleuchtung.

Im „Manchester Guard." erzählt ein Spezialkorrespondent von den Fortschritten des deutschen Exports nach Argentinien: „Der deutsche Export nach Argentinien vergrößert sich von Monat zu Monat. Im letzten Monat kamen auf einem Dampfer von Rotterdam sechs direkte Dampfer von Hamburg. Es ist hauptsächlich festzustellen, daß der Import im großen Stil aus Deutschland aus Eisen, Stahl und Eisenartikeln besteht. Auch erscheinen die deutschen Benz-Kraftwagen wieder auf dem Markt. Die deutschen Osram-Glühlampen werden hier zum ersten Mal seit dem Jahre 1914 wieder verkauft. Bemerkenswert sind in den deutschen Exportladungen ferner Oelpressen, Telegraphendraht, große Mengen von Zink und allerlei Maschinen. Es muß besonders darauf hingewiesen werden, daß die deutschen Exporteure die deutsche Herkunft der Ware ganz besonders betonen. In ihrer Reklame weisen sie stark auf die deutsche Herkunft besonders von Maschinen und Stahlwaren hin. Tatsache ist auch, daß englische Firmen in Argentinien deutsche Waren importieren. Der Grund ist, daß sie von englischen Häusern weder gleiche Bedingungen noch gleiche prompte Lieferung erzielen können, und für den britischen Handel weniestens den Profit durch den Vermittlungsverkauf erhalten wollen.

Aus Stadt und Umgebung

Neuerungen bei der Provinziallandtagswahl.

* Die Wahlen für die Provinziallandtage, die jetzt erstmalig in allgemeiner gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl, nach den Grundsätzen der Verhältniswahl erfolgen, bringen für die Provinz Sachsen eine Veringerung der Abgeordnetensitze mit sich. Während früher jeder Kreis mindestens 2 Abgeordnete in den Provinziallandtag schickte, der aus 139 Abgeordneten bestand, werden jetzt nur noch 110 Abgeordnete den Provinziallandtag von Sachsen bilden, deren Verteilung auf die einzelnen Kreise vorläufig noch unbestimmt ist. An und für sich ist dies ein unerfreulicher Zustand, läßt sich aber bei dem gesetzlich vorgeschriebenen Wahlverfahren nicht vermeiden. Wie bekannt, verteilen sich die 110 Abgeordneten der Provinz Sachsen auf die einzelnen Regierungsbezirke nach Verhältnis der Einwohnerzahl auf Magdeburg mit 44 Abgeordneten, auf Merseburg mit 47 Abgeordneten, auf Erfurt mit 44 Abgeordneten. Wieviel Abgeordnete nun in die Wahlvorschläge, die für jeden Wahlkreis besonders eingereicht werden müssen, zweckmäßig aufzunehmen sind, hängt ganz von der Stärke der einzelnen Parteien innerhalb des einzelnen Kreises ab. Wahlvorschläge derselben politischen Partei innerhalb des Regierungsbezirkes müssen deshalb Kennwort tragen. In der Provinz Sachsen kommt auf je rund 28 000 Einwohner ein Abgeordneter. Dieser Verteilungsmaßstab wird aber bei der Feststellung des Wahlergebnisses nicht zu Grunde gelegt. Hierfür ist vielmehr ein anderes Verfahren vorgeschrieben. Sämtliche im Regierungsbezirk abgegebenen gültigen Stimmen werden zusammengezählt und durch die Gesamtzahl der dem Regierungsbezirk zustehenden Abgeordnetensitze geteilt. Auf diese Weise wird die Verteilungszahl für den Regierungsbezirk festgestellt. Alsdann ist die Gesamtzahl der Stimmen, die in dem Regierungsbezirk für Wahlvorschläge mit einem gemeinsamen Kennwort abgegeben sind, durch diese Verteilungszahl zu teilen und so die Zahl der auf die Wahlvorschläge mit diesem Kennwort in dem Regierungsbezirk entfallenden Abgeordnetensitze zu ermitteln. Die Verteilung der auf solche Art festgestellten Sitze auf die durch das Kennwort bezeichneten Wahlvorschläge in den einzelnen Wahlkreisen erfolgt in der Weise, daß jedem Wahlvorschlag so viele Sitze zugeteilt werden, als sich die Zahl der für ihn abgegebenen Stimmen durch die Verteilungszahl voll teilen läßt. Die in dem Regierungsbezirk übrigbleibenden Sitze werden denjenigen Wahlvorschlägen zugeteilt, welche die höchste Zahl von Reststimmen aufweisen. Weisen mehrere Wahlvorschläge die gleiche Zahl von Reststimmen auf, so entscheidet das Los. Angenommen, auf einen Regierungsbezirk entfallen 35 Abgeordnete, die Gesamtzahl der im Regierungsbezirk abgegebenen gültigen Stimmen beträgt 439 679, so ergibt sich eine Verteilungszahl von 12 562. Demnach kann es vorkommen, daß ein Kreis im Provinziallandtage überhaupt nicht vertreten ist.

Noch keine Portoerhöhung.

* Ein Berliner Mittagsblatt brachte die Meldung, das Reichskabinett habe die Gesetzesvorlage über die Erhöhung des Brief- und Paketportos bereits verabschiedet. Danach sollten die neuen Portosätze gegenüber den bisherigen um 50 bis 100 Proz. erhöht werden. Wie die „Deutsche Allg. Ztg." hört, ist diese Meldung absolut unzutreffend. Der neue Postetarif ist überhaupt noch nicht festgesetzt, geschweige denn an den maßgebenden Stellen beraten worden.

Schärfere Prüfung der Drucksachen.

* Nach Mitteilung des Reichspostministeriums ist die Wahrnehmung gemacht worden, daß die als Drucksachen versandten Schriftstücke vielfach handschriftliche Zusätze enthalten und demgemäß ungenügend frankiert worden sind. Die Postamtsvorsteher haben Anweisung erhalten, die im Ablertigungsdienst und im Briefbestelldienst beschäftigten Beamten hierauf hinzuweisen und dafür zu sorgen, daß die Drucksachen fortan in ausreichendem Maße auf unzulässige briefliche Mitteilungen geprüft werden, zumal die Postkasse durch die vielen zur Drucksachengebühr versandten Briefe einen empfindlichen Ausfall erleidet.

Maßnahmen zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs.

* Der Minister für Wohlfahrtspflege hat unter dem 8. November 1920 zur Bekämpfung der Alkoholgefahr aufgerufen, deren Zunahme sich bereits wieder bemerkbar macht und die bei dem noch geschwächten Gesundheitszustand und der noch unzureichenden Ernährung der Bevölkerung besonders ernst ist. Die zu ergreifenden Maßnahmen werden in planvoller Zusammenarbeit mit den alkoholgegnerischen Vereinigungen zu ergreifen sein, deren bisherige ersprießliche Wirksamkeit dankbar anerkannt wird, und die mit ihren bestehenden Einrichtungen zu fördern und nötigenfalls geldlich zu unterstützen sind. Als Mittel steht ein Teil der nach § 258 des Branntweinmonopolgesetzes vom 26. Juni 1918 bereitgestellten 4 Millionen M jährlich zur Verfügung. Aus diesem Anteil ist ein Betrag an die großen Reichsorganisationen der alkoholgegnerischen Vereinigungen bereits unmittelbar verteilt worden. Von dem Rest ist ein Teil den Provinzen überwiesen, während das Uebrige vorläufig als Ausgleichsfonds zur Verfügung des Ministeriums verbleibt. Bei der Unterverteilung der Gelder sind hauptsächlich folgende Ziele im Auge zu behalten: 1. Unterstützung der Trinkerfürsorgestellen und Trinkerheilstätten, wobei die Verwendung für innere Vereinsangelegenheiten und Geschäftsbedürfnisse ausgeschlossen sein soll. 2. Förderung alkoholfreier Gasthäuser, Volksheime, Jugendheime, Wanderherbergen und ähnlicher der Alkoholgefahr vorbeugender Einrichtungen. 3. Alkoholwissenschaftliche Lehrkurse für Lehrpersonen, Jugendpfleger, Jugendpflegerinnen, Wohlfahrtsbeamte und Wohlfahrtsbeamtinnen. Die Vorbereitung solcher Lehrgänge deren Dauer auf etwa 1 Woche zu bemessen ist, wird eine dankenswerte Aufgabe der Kreis- und städtischen Wohlfahrtsämter sein, die sich dabei der Hilfe alkoholgegnerischer Vereine und sonstiger gemeinnütziger Organisationen zu bedienen haben werden. Auch das Provinzialwohlfahrtsamt Sachsen beabsichtigt solche Kurse einzurichten. 4. Förderung von Ausstellungen über die Alkoholgefahren. 5. Sonstige Aufklärungsarbeiten und Propaganda. Die Verteilung von Merkblättern (über die Gefahren des Alkoholmißbrauchs) bei den Impfterminen hat sich bewährt. Diese Merkblätter können bei dem Deutschen Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke in Berlin-Dahlem bezogen werden. Anträge auf Bewilligung von Geldmitteln sind bis zum 25. Januar 1921 an das städt. Wohlfahrtsamt, Rathaus, zu richten.

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Kleine Ursachen und ernste Folgen.

** **Lochau**, 19. Jan. Herr Kantor Schröder hier hatte sich auf seinem Bienenstande eine geringe Verletzung des kleinen Fingers der rechten Hand mit einem Glassplitter zugezogen. Die anfänglich geringfügige Verletzung verschlimmerte sich bald derartig, daß ärztlicherseits Blutvergiftung konstatiert und sofort zu einem operativen Eingriff geschritten werden mußte. Die Verschlimmerung war jedoch bereits soweit gediehen, daß sich der Bedauernswerte nach einer Halleschen Heilanstalt begeben mußte, wo erneut operativ vorgegangen wurde, um das gefährdete Leben zu erhalten und schließlich eine Amputation des verletzten Fingers erfolgte. Erfreulicherweise hat sich das Allgemeinbefinden gebessert und ärztliche Kunst das Schlimmste abgewendet.

Eine gefährliche Verhaftung.

** **Halle**, 20. Jan. Eine gefährliche Verhaftung ist dieser Tage durch die Kriminalpolizei vorgenommen worden. In der Nacht zum 9. d. M. wurde auf einer Grube in der Nähe von Halle von 3 maskierten Räubern ein Einbruchsdiebstahl ausgeführt. Der hierbei gestohlene Treibriemen im Werte von 30 000 M wurde später einem Bekannten der Täter in Halle angeboten, der sich auf die Suche nach einem Käufer machte, dabei aber an die falsche Adresse geriet, so daß die Kriminalpolizei von der Sache Kenntnis erhielt. Ein Kriminalbeamter setzte sich mit dem Vermittler und dem einen der Täter in Verbindung, gab sich als Käufer aus, und fuhr mit ihnen in der Nacht zum 15. d. M. mit einem Kraftwagen nach Teutschenthal, wo an einer vorher vereinbarten Stelle die Uebergabe des Treibriemens gegen die Summe von 15 000 M erfolgen sollte. Dort hatten einige Kriminalbeamte Aufstellung genommen, um die Täter dingfest zu machen. Unvorhergesehener Weise hatten diese aber inzwischen einen anderen Treffpunkt vereinbart, so daß der angebliche „Käufer" sich nun 4 bewaffneten Männern allein gegenüber sah. Es gelang ihm jedoch seine Begleiter zu bereden, mit ihm nach Halle zurückzukehren, wo die Bezahlung des erhaltenen Treibriemens unauffälliger in seiner Wohnung erfolgen könne. In Halle wieder angelangt, konnte er dann seine Begleiter festnehmen. Die übrigen Beteiligten sind durch Vernehmung der Festgenommenen ermittelt und inzwischen durch die Gendarmerie eingebracht worden.

Aus Provinz und Reich

Die Schwiegermutter als Perle des ganzen Saaletales.

† **Jena**, 18. Jan. Franz Kühnberger aus Winterzerla scheint mit seiner Schwiegermutter recht schlechte Erfahrungen gemacht zu haben, wie man aus der folgenden, von ihm im „Jenaer Volksblatt" veröffentlichten Warnung schließen darf: Meine teure Schwiegermutter, Witwe Margarete Mosch, die in der „Kunst" phantasievoller Erzählungen Erstaunliches leistet, bitte ich auf diesem Wege, Schwiegersohn nebst Frau bei ihren Fabeln gefälligst außer Spiel zu lassen. Ansonsten — Dem gütigen Geschick danke bestens für die Bescherung dieser prächtigen Schwiegermutter — der Perle des ganzen Saaletales.

Zeitgemäß.

† **Oschersleben**, 18. Jan. Hier hat der Totengräber bekanntgemacht, daß er Sonntags keine Begräbnisse mehr vornehmen wird.

Wieder Bürgermeisterwahl.

† **Sondershausen**, 18. Jan. Der Stadt Sondershausen steht wahrscheinlich eine zweite Bürgermeisterwahl bevor. Der am 2. d. Mts. gewählte Bürgermeister Finke in Gollnow, der zu gleicher Zeit noch an zwei anderen Orten gewählt sein soll, hat dem Magistrat mitgeteilt, er nehme den hiesigen Posten nur an, wenn ihm der Titel Oberbürgermeister und ein Gehalt von 35 000 Mark gewährt werde. Der Gemeinderat lehnte diese Bedingungen ab und beschloß, dem Bürgermeister Finke mitzuteilen, daß nunmehr auf seinen Antritt verzichtet wird.

Raubüberfall.

† **Genthin**, 18. Jan. Auf der Chaussee von Genthin nach Brandenburg wurde der Gastwirt Schulze aus Roßdorf und sein Sohn von vermummten Männern überfallen, die Geld von ihm forderten. Den Sohn verletzten sie durch Schüsse so schwer, daß er bald darauf starb. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Volkswirtschaft — Handel — Verkehr.

Ausbeuten im Michelkonzern.

Die Braunkohlengewerkschaft Leonhardt bringt an ihre am 15. Januar 1921 eingetragenen Gewerken eine Ausbeute von 400 Mk. je Kux und die Braunkohlengewerkschaften Michael und Vesta ebenfalls an ihre am 15. Januar 1921 eingetragenen Gewerken eine Ausbeute von 300 Mk. je Kux zur Verteilung.

Ausübung von Bezugsrechten.

Aachener Rückversicherungs-Gesellschaft bis 12. Februar auf 4,8 Mill. Mk., 3 : 2 dividber. ab 1. Januar 1921 mit 25 Proz. — 300 Mk. Eingahlung, dazu 1100 Mk. Ausgeld.

Aktiengesellschaft Kronenbräu vorm. M. Wahl-Augsburg bis 2. Februar auf 625 000 Mk. (von 1 Mill. Mk.), 4 : 1 zu 115 Proz., dividber. ab 1. September 1920.

Berlin-Anhaltische Maschinenbau A.-G. bis 4. Februar auf 6 Mill. Mk. (von 12 Mill. Mk.), 3 : 1 zu 150 Proz., dividber. ab 1. Januar 1921.

Chemische Fabrik für Hüttenprodukte A.-G. Düsseldorf-Oberkassel bis 5. Februar auf 1,5 Mill. Mk., 5 : 2 zu 150 Prozent, dividber. ab 1. Januar 1920.

Chemische Fabrik Milch A.-G. bis 9. Febr. auf 2,9 Mill. Mark (von 4,7 Mill. Mk.), 2 : 1 zu 150 Proz. dividber. ab 1. November 1920.

Corona-Fahrradwerke und Metallindustrie A.-G., Brandenburg a/H. bis 31. Januar auf 1,25 Mill. Mk. Stammaktien, 3 : 2 zu 130 Proz., dividber. ab 1. Oktober 1920.

Eisengießerei und Schlosserfabrik A.-G. zu Belbert bis 8. Februar auf 650 000 Mk. (von 700 000 Mk.), 2 : 1 zu 100 Proz., dividber. ab 1. Juli 1920.

Erfurter Mechanische Schuhfabrik A.-G. bis 31. Januar auf 2 Mill. Mk. (von 3 Mill. Mk.), 1 : 1 zu 110 Proz., vom dividber. für 1920—21.

Hallesche Pfännerschaft A.-G. bis 4. Februar auf 2 Mill. Mark, 2 : 1 zu 120 Proz., dividber. ab 1. Januar 1921.

Holzverkohlungs-Industrie A.-G., Konstanz bis 5. Febr. auf 18 Mill. Mk. (von 22 Mill. Mk.), Stammaktien, 1 : 1 zu 115 Proz., dividber. ab 1. 4. 20.

Industriewerke A.-G., Plauen bis 31. Jan. auf 600 000 Mark (von 1,5 Mill. Mk.), 5 : 1 zu 150 Proz., dividber. ab 1. Januar 1921.

Lech-Elektrizitätswerke A.-G. bis 31. Januar auf 20 Mill. Mark (von 30 Mill. Mk.), 3 : 2 zu 125 Proz., dividber. ab 1. Januar 1921.

Maschinen- und Armaturenfabrik vorm. H. Breuer & Co. bis 7. Februar auf 1,1 Mill. Mk., Vorzugsaktien, 3 : 1 zu 137 Proz. und 300 000 Mk. Stammaktien, 3 : 1 zu 122 Proz., dividber. ab 1. Januar 1920.

Reiniger, Gebbert & Schall A.-G. bis 3. Februar auf 8 Mill. Mk. (von 11 Mill. Mk.), 1 : 1 zu 115 Proz., dividber. ab 1. August 1920.

Vereinigte Werkstätten für Kunst im Handwerk A.-G., Bremen bis 2. Februar auf 1,8 Mill. Mk., 3 : 2 zu 120 Proz., dividber. ab 1. Januar 1921.

Würzener Kunstmühlenwerke und Biskuitfabriken, vorm. F. Krietsch bis 2. Februar auf 4,5 Mill. Mk., 1 : 1 zu 130 Prozent, zur Hälfte dividber. für 1920—21.

Zuckerraffinerie Magdeburg A.-G. bis 8. Februar auf 1 Mill. Mk., 2 : 1 zu 120 Proz., dividber. ab 1. September 1920.

Landwirtschaftliches.

Zur Frühjahrsdüngung

bei Hackfrüchten muß in weitgehendem Maße Stickstoff zur Verwendung kommen, da die durch den Krieg ausgehungerten Böden sehr stickstoffhungrig sind. An Stelle des ausländischen Chilesalpeters verwendet man die deutschen Stickstoffdüngemittel, in erster Linie Natronsalpeter (oder deutscher Salpeter) mit etwa 16% Stickstoff, dann Ammoniaksalpeter mit 27% Stickstoff und zwar 8% Salpeterstickstoff und 19% Ammoniakstickstoff und den beliebten Kalkammonsalpeter mit etwa 27% Kali und etwa 16% Stickstoff, davon je die Hälfte Ammoniak- und Salpeterstickstoff. Zahlreiche Aeußerungen von Fachleuten und praktischen Landwirten, sowie Tausende von Versuchen haben ergeben, daß auch unter den heutigen Verhältnissen die Stickstoffdüngung sich reichlich bezahlt macht. Neben höheren Ernten daher größerer Verdienst der Landwirtschaft, bessere Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und die Aussicht auf eine gedeihliche Entwicklung unseres Wirtschaftslebens.

Turnen, Spiel und Sport

Amtliche Bekanntmachungen des Saalekreises.

Verband Mitteldeutscher Ballspiel-Vereine.

Neutrale Schiedsrichter. Auf Antrag werden nachstehende Spiele von Leipziger Schiedsrichtern geleitet: 23. 1. 21: Weißenf. — 96 (Hille, V. f. V.), Bor. — Sportfr. (Seidel, S.-A.), 98 — Naumburg (Hook, S.-A.). 30. 1. 21: Naumb. — Fav. (Büchner, S.-A.), Bor. — Merseb. (Große, L. B. C.), Wa. — Weißenf. (Kunath, Spielv.). 6. 2. 21: Merseb. — Weißenf. (Hille, V. f. V.), 96 — Naumb. (Friedrich, B. f. V.). 13. 2. 21: Sportfr. — Weißenf. (Büchner, S.-A.). 20. 2. 21: Weißenf. — Fav. (Gericke, Viktoria 03) Preußen — Naumb. (Seidel, S.-A.).

Verhandlung: Hoh.-Merseb. und Germania-Merseburg werden für 24. 1. 21 abends 8 Uhr nach Mars-la-Tour zur K.-B.-Sitzung geladen zwecks Aussprache über die Benutzung des Kasernenhofes als gemeinsamer Spielplatz.

* * *

Kampf zwischen Turnen im Sport.

Bekanntmachung

des Deutschen Schwimmverbandes d. Deutschen Sportbehörde für Athletik und des Deutschen Fußball-Bundes.

Nachdem aus den gescheiterten Einigungsverhandlungen der Wille der Leitung der Deutschen Turnerschaft klar ersichtlich geworden, den historischen und sachlichen Anspruch der Fachverbände auf selbständige Bewaltung der Sportzweige und auf die von ihnen seit Jahrzehnten veranstalteten Deutschen Meisterschaften nicht anzuerkennen, sehen sich die Sportverbände gezwungen, in Abwehr gegen diese Bestrebungen, den Sport zu zersplittern, folgende Bestimmungen zu erlassen:

1. Für alle Athletik-, Schwimm- und Fußball-Veranstaltungen der Deutschen Turnerschaft und ihre Glieder, die ohne Genehmigung der zuständigen Fachverbände erfolgen, wird Teilnahmeverbot erlassen.
2. Alle Vereine, bezw. Abteilungen, die sich an den unter 1. verbotenen Veranstaltungen beteiligen, werden disqualifiziert. Die Einzelperson als Teilnehmer wird namentlich disqualifiziert. Die Disqualifikation dauert mindestens ein halbes Jahr.

Für die Gefahrzone des Reiches (das besetzte Gebiet, Oberschlesien und Danzig) treten diese Bestimmungen nicht in Kraft

Bisher 1900 Turn- und Sportabzeichen verliehen.

Nach der letzten Liste hat der Deutsche Reichsausschuß für Leibesübungen bisher 1900 Turn- und Sportabzeichen verliehen, davon 69 in Gold, 75 in Silber und 1756 in Bronze.

*

Die letzten Wintersportmeldungen.

Schneefall ist überall in den Bergen zu verzeichnen. Im Sauerlande, in Winterberg, am Kahlen Asten, Brilon, Fredeburg, in der Eifel, sowie in der Rhön schneit es. Im Oberharz liegen im Brocken- und Bruchbergagebiet bereits 45 Zentimeter Schnee; auch im Erzgebirge und in Thüringen sind die Wintersportverhältnisse sehr günstig. Wir verzeichnen folgende Meldungen:

Oberwiesental i. E.: — 6 Grad, 30 Zentimeter Schneehöhe, Ski vortrefflich, Rodel gut, anhaltender Schneefall; Altenberg i. E.: reichlich Schneefall, prächtige Sportverhältnisse, am 24. beginnt ein Skikursus des Dresdner Skiklubs; Gabelbach i. Th.: — 5 Grad, 40 Zentimeter Schneehöhe, Wintersport in vollem Gange; Schierke i. H.: — 2 Grad, 25—30 Zentimeter Schneehöhe, starker, anhaltender Schneefall, Beginn der ersten Schierker Sportwoche am 30. Januar; St. Andreasberg: — 10 Grad, 25 Zentimeter Schneehöhe, starker Schneesturm, Skikurse von Sonnabend an; Brocken: — 5 Grad, Schneefall. Weitere Schneefälle zu erwarten; Benneckenstein, Braunlage, Elend bei Schierke: anhaltender Schneefall, Schneeverwehungen, Winterlandschaft, Wintersport, weitere Schneefälle zu erwarten; Hahnenklee: 0 Grad, Schneefall, Winterlandschaft, Rodelsport; Schreiberhau, Krummhübel: — 1—2 Grad, Schneefall, Wintersport; Feldberg (Schwarzwald): — 2 Grad, Schneefall, Wintersport, weitere Schneefälle zu erwarten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919210121-16/fragment/page=0006